

Avant

Zeitung des RSB/IV. Internationale



Außerdem: Frauen gegen die NATO • Frauen und die Friedensbewegung • Wie weiter mit der Antikriegsbewegung • Streik gegen Krieg • EU und USA im Irak • Streik in Venezuela • Weltsozialforum • Weltkongress der IV. Internationalen • Columbia-Katastrophe • Tarifrunde bei der Bahn

INHALT

● Innen

Clements Masterplan 4-5

Antikriegsbewegung: Wie weiter . 6-7

● Betrieb und Gewerkschaft

Gewerkschaften und Krieg 8-9

Tarifrunde bei der Bahn 10

● Schwerpunkt

Frauen gegen NATO 11

Frauen auf den Philippinen 12-13

Streik gegen Krieg. 24

● International

GewerkschafterInnen gegen Krieg 14

EU und Irak 16

USA und Irak 17

Streik in Venezuela 18-19

15. Weltkongress der IV. 20-21

3. Weltsozialforum. 22

● International

Katastrophe im All 15

● Aus dem RSB

LeserInnenbriefe. 23

Liebe Leserinnen und Leser,

diese *Avanti* ist der Antikriegsbewegung, ihren Möglichkeiten und Perspektiven gewidmet. Dabei richten wir unsere Aufmerksamkeit auf die besondere Betroffenheit von Frauen durch und ihren Widerstand gegen Krieg.

Wir fordern euch alle auf, die *Avanti* offensiv bei den Aktionen der Antikriegsbewegung zu verkaufen. Darum bitten wir auch diejenigen, die bisher nur AbonnentInnen der *Avanti* sind. Bestellt euch mehrere Exemplare der Zeitung beim zentralen RSB-Büro und vertreibt sie in eurem Freundeskreis und politischen Umfeld,

wünscht sich eure Redaktion

SPENDENAUFRAF

Liebe Leserin, lieber Leser der *Avanti*,

auch revolutionäre Politik kostet Geld, deshalb spendet für die *Avanti* sowie für die Politikansätze, die wir entwickeln wollen. Wir brauchen dringend Eure Unterstützung. Bitte spendet auf folgendes Konto:

Sonderkonto „Avanti“, Postbank Berlin 634 816 106, BLZ 100 100 10

KONTAKTE

RSB-Büro: Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; Telefon und Fax: 0621/1564046; E-Mail: buero@rsb4.de, Internet: www.rsb4.de

(„Links“ zu Organisationen der IV. Internationale auf der RSB-Homepage)

RSB Aachen: über RSB Köln; **RSB Berlin:** über Mannheim; **RSB Dithmarschen:** Hirtenstaller Weg 34, 25761 Büsum; **RSB Duisburg:** über RSB Oberhausen; **RSB Essen:** PLK 067310, 45468 Mülheim/Ruhr; **RSB Frankfurt/M.:** über RSB Wiesbaden; **RSB Hagen:** über RSB Essen, **RSB Halle:** über RSB Potsdam; **RSB Hamburg:** c/o Gerlef Gleiss, Steinwegspassage 6, 20355 Hamburg; **RSB Karlsruhe:** c/o Sozialistische Linke, Gewerbehof/Steinstr. 23, 67133 Karlsruhe; **RSB Köln:** c/o Verlag Neuer Kurs, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln; **RSB Mannheim/Ludwigshafen/Weinheim/Heidelberg:** RSB Rhein-Neckar, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; **RSB Mainz:** c/o Michael Weis, Karl-Trau-Strasse 18, 55130 Mainz; **RSB Marburg:** c/o Infoladen Metzgergasse 1b, 35037 Marburg; **RSB München:** c/o „Linke Projekte“, Gravelottestraße 6, 81667 München; **RSB Neukirchen-Vluyn:** über RSB Oberhausen; **RSB Oberhausen:** c/o A. Walther, Elsa-Brändström-Strasse 66, 46045 Oberhausen; **RSB Oldenburg (Nds.):** über RSB Hamburg; **RSB Potsdam:** Lindenstr. 47, 14467 Potsdam; **RSB Simbach am Inn:** über RSB München; **RSB Stuttgart:** c/o O. Jaiser, Nellinger Str. 17, 70619 Stuttgart; **RSB Tübingen:** über RSB Stuttgart; **RSB Trier:** c/o Infoladen Trier, Hommerstr. 14, 54290 Trier; **RSB Wiesbaden:** c/o Infoladen linker Projekte, Werderstrasse 8, 65195 Wiesbaden.

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Die *Avanti* ist zu bestellen

über das zentrale RSB-Büro:

RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim

oder e-Mail: avanti@rsb4.de
buero@rsb4.de

Jahresabo	(mind. 11 Ausgaben)	25 Euro
Halbjahresabo		13 Euro
Förderabo	mind. 40 Euro	
Probeabo (3 Ausgaben)		5 Euro

Den Betrag bitte auf das Konto 634 816 106 auf der Postbank Berlin, BLZ 100 100 10 überweisen.

IMPRESSUM: *Avanti* – Zeitung des *Revolutionär Sozialistischen Bundes/IV. Internationale* (RSB) – erscheint monatlich (mindestens 11 mal pro Jahr). V.i.S.d.P.: Peter H. Kreitz; Redaktion: Daniel Berger, Heiko Freund, Joe Hill, Trixi Blixer, Peter H. Kreitz, E. Lorenz, Albert C. Rosner; mitbegründet von Hans-Jürgen Schulz; Kontakt und Abonnement: RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der HerausgeberInnen wieder. EinsenderInnen von Manuskripten und Briefen erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Die Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Kapitalistischer und patriarchaler Krieg

Während uns die bürgerlichen Medien glauben machen wollen, dass ein Krieg „sauber“ mit „chirurgischen Schlägen“ geführt werden kann, sind fast 90 Prozent aller Kriegsoffer Zivilpersonen. Die meisten von ihnen sind Frauen und Kinder. Das wird auch beim Angriff der USA auf den Irak der Fall sein. Bereits in den letzten zehn Jahren bis heute hat das Embargo unter der Zivilbevölkerung ca. eine Million Tote gefordert.

Frauen sind nicht nur Opfer von Bombardierungen. Gegen Frauen richtet sich auch die besondere Unterdrückung der „siegreichen“ Armee mittels Vergewaltigungen und (Zwangs)Prostitution. Der UN-General MacKenzie war wegen Vergewaltigung von vier muslimischen Mädchen in Sarajevo angeklagt. Holländische Blauheimsoldaten vergewaltigten in der „Schutzzone“ Srebrenica. Während die US-Armee in Vietnam Mord und Tod brachte, wurde sie von 400000 Prostituierten „versorgt“. Das wird unter einem US-Militärbefehlshaber in Bagdad nicht viel anders sein.

Den patriarchalen Charakter des Krieges bringt Susan Brownmiller auf den Punkt:

„Der Krieg liefert den Männern den perfekten psychologischen Freibrief, um ihrer Verachtung für Frauen Luft zu machen. Die Männlichkeit des Militärs - die brutale Waffengewalt, ausschließlich in ihren Händen liegend, das geistige Band zwischen Mann und Waffen, die männliche Disziplin des Befehlens und Durchführens von Befehlen, die simple Logik der hierarchisch geordneten Befehlsgewalt - das alles bestätigt den Männern, was sie bereits lange ahnten, nämlich daß Frauen nur unerhebliche Nebensache sind in einer Welt, in der es auf andere Dinge ankommt.“

Bei passender Gelegenheit machen sich die kapitalistischen Medien der Herrschenden die patriarchale Unterdrückung der Frauen zunutze, um u.a. im Namen der Frauenbefreiung ihre Kriegszüge zu begründen. Die Bilder von der Vertreibung von Frauen und Kindern aus Kosov@ mußte zur Rechtfertigung des Krieges gegen Serbien herhalten. Die Verletzung der Rechte von Frauen in Afghanistan diente dazu Bombardierungen und Invasion zu begründen. Wenn Massenvergewaltigungen als Mittel der Kriegsführung auf dem Balkan angeprangert wurden, so wurden sie im Krieg der Türkei gegen die KurdIn-

nen und bei der Abschachtung der Tutsi durch Hutumilizen in Ruanda von den „Schutzmächten“ USA und BRD bzw. Belgien in Kauf genommen. Die Doppelmoral des Kapitals verteidigt nur da die Menschenrechte, wo es für die eigenen Interessen nützlich erscheint. So dient das Bild der „befreiten“ Frau des Westens und Nordens als Maßstab und Legitimation um angeblich „weniger entwickelte“ Nationen zu bekriegen und zu unterwerfen.

NOCH LANG VON DER GLEICHBERECHTIGUNG ENTFERMT

Die brutalen Formen patriarchaler Unterdrückung als Mittel der Kriegsführung sollten uns aber nicht das tägliche Leben von Frauen während der Abwesenheit von Kriegen vergessen lassen. Die Armut ist weiblich. 78 Prozent aller Menschen, die in Armut leben, sind Frauen und Kinder. Frauen sind nicht gleichberechtigt. Sie werden nach wie vor schlechter bezahlt und als erste entlassen. Gewalt bestimmt den Alltag von Frauen. In Deutschland wird alle fünf bis zehn Minuten eine Frau vergewaltigt. Jede dritte Frau wurde als Kind sexuell misshandelt. Doppelt und dreifach unterdrückt sind Migrantinnen. Sind sie vor patriarchaler Unterdrückung geflohen, dann müssen sie dies üblicherweise vor einem Männertribunal beweisen, soweit ein solcher Fluchtgrund überhaupt anerkannt wird. Als Arbeiterinnen werden sie von allen Lohnabhängigen am schlechtesten bezahlt und müssen unter den miserabelsten Arbeitsbedingungen schuften. Häufig sind sie Zielscheibe eines besonderen männlich-deutschen sexistischen Rassismus.

Auch Frauen sind an der Vorbereitung und Durchführung von Kriegen beteiligt. Zum einen spielen Frauen eine wichtige Rolle in der Bush-Administration zur Vorbereitung des Irakkrieges. Schon beim Krieg gegen Afghanistan waren Frauen wie Karen Hughes, Mary Matalin und Condoleezza Rice als Beraterinnen an den wichtig-

sten Entscheidungen beteiligt. Der patriarchale Charakter des Krieges hebt nicht die Klassenfrage auf.

FRAUEN KÖNNEN WAS BEWEGEN !

Frauen sind oft aber auch die ersten, die den Widerstand gegen den Krieg organisieren. Im von den USA unterstützten Feldzug der argentinischen Militärs gegen die eigene Bevölkerung waren es die „Mütter der Plaza de Mayo“, die die Suche nach den Verschwundenen begannen. In Belggrad demonstrierten die „Frauen in Schwarz“ schweigend gegen Krieg, Militarismus, Nationalismus und Sexismus. In Afghanistan wies die Frauenorganisation RAWA nicht nur auf die Unterdrückung der Frauen durch die Taliban, sondern auch durch die Nordallianz hin. Im kurdischen Befreiungskampf organisierten sich die Frauen selbst, um das Überleben unter dem Ausnahmezustand zu sichern, aber auch um eigenständig den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht zu führen. Auf den Philippinen schalten sich Frauen als vorwärtstreibender Teil in den Friedensprozess ein. Selbst in der BRD treten Frauen in der Massenbewegung gegen den Krieg wieder für ihre besonderen Interessen auf (siehe Artikel in dieser *Avanti*). Der autonome Zusammenschluss von Frauen ist oft der erste Schritt zum Widerstand.

Wenn wir uns für die Aufhebung aller Formen von Ausbeutung und Unterdrückung einsetzen, für die Emanzipation der Mehrheit im Interesse der großen Mehrheit, dann sollten wir nie vergessen, dass diese Mehrheit nicht nur aus der ArbeiterInnenklasse und ihren Verbündeten besteht, sondern dass diese Mehrheit unterdrückte Frauen sind. In diesem Sinne gilt für uns: Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau! Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus!

*Politisches Sekretariat des RSB,
25.2.2003*

CLEMENTS MASTERPLAN

Wie Mehltau auf den Lohnabhängigen!

Während momentan die Kriegsfrage alle Bereiche der Politik bestimmt und die Bundesregierung sich als Kriegsgegner zu präsentieren versucht, laufen unter der Federführung von Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement Angriffsplanungen auf ein Fundament der gewerkschaftlichen Macht in der Bundesrepublik: den Flächentarif. Dazu werden die bereits eingeleiteten "Reformen" am Arbeitsmarkt, eine "Mittelstandsoffensive" und der "Masterplan Bürokratieabbau" ins Feld geführt.

Die US-Intervention am Golf dient der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im übrigen als Argumentationshilfe: "Der drohende Irakkrieg hat sich wie Mehltau über Wirtschaft und Arbeitsmarkt gelegt", so die Rechtfertigung Clements im Februar in der Bundestagsdebatte über den Jahreswirtschaftsbericht. Doch wie Ausbeutung und Krieg zentrale Bestandteile des Kapitalismus sind, so ist die SPD-Grünen-Regierung mit ihrem "Superminister" wie Mehltau auf den Lohnabhängigen. Berlin attackiert soziale und politische Rechte der Lohnabhängigen und lähmt sie mit der Einbindung der Gewerkschaftsführung.

URSACHEN DER WIRTSCHAFTSKRISE

Clements Rechtfertigung für den Wirtschaftsbericht wiederum hielt die CDU durch ihren Fraktionsvize Merz folgendes entgegen: "Deutschland befindet sich in einer tiefen, strukturell begründeten Wachstumskrise". Diesen Satz unterschreibt Clement bei einem Glas Bier mit Merz sofort, ist er doch von Kanzler Schröder eigens bestellt worden, um die Wachstumshemmnisse in der ArbeiterInnenklasse aus dem Weg zu räumen.

Die von Merz angesprochene strukturelle Wachstumskrise gründet auf nichts anderem als auf der gesunkenen und seit Mitte der siebziger Jahre stagnierenden Durchschnittsprofitrate. Gemessen am eingesetzten Kapital fällt in vielen Branchen ein geringerer Gewinn an als z. B. an der Börse angelegt. Deshalb wird nicht im gewünschten Umfang in die Produktion von Waren reinvestiert und das Kapital trägt so nicht zu einem die kapitalistische Gesellschaft stabilisierenden Wachstum bei.

Eine erneute Erhöhung der Durchschnittsprofitrate ist jedoch ohne den umfassenden Anstieg der Mehrwertrate – sprich: der Ausbeutungsrate der Ware Arbeitskraft – unmöglich. Das kapitalistische Wachstum kann nur zu Lasten der

ArbeiterInnenklasse wiederbelebt werden. Wer auf die bürgerlichen Regierungssessel katapultiert wird, muss diese Angriffe gegen die Lohnabhängigen führen.

Aus diesem Grund sind praktisch alle führenden bürgerlichen Regierungen und internationalen Wirtschaftsorganisationen Anhänger der neoliberalen Doktrin. Gefragt sind unter anderem folgende neoliberalen Maßnahmen im Interesse des Kapitals:

1. Abbau der Leistungen aus Arbeitslosen-, Sozial-, Kranken- und Rentenversicherungen unter der Überschrift: Senkung der Lohnnebenkosten.
2. Ferner über Zeitarbeit und Arbeitszeitflexibilisierung verbilligte "Just-in-Time"-ProduzentInnen und -DienstleisterInnen als Folge der "Just-in-Time"-Produktion zur Optimierung von Produktions- und Lagerkapazitäten.
3. Schließlich der Abbau gewerkschaftlicher und tariflicher Gegenmacht und ein entsprechender schrankenloser und kostengünstiger Zugriff auf die Lohnabhängigen.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben für das Kapital seit ihrem Regierungsantritt im Jahre 1998 bei Punkt 1 und 2 Fortschritte erzielt. Das sogenannte "Hartz-Konzept" steht für das Ende der staatlichen Arbeitslosenversicherung, die Legalisierung staatlicher Zwangsarbeit und Etablierung flächendeckender Zeitarbeit. Die weiteren Auswirkungen der "Gesundheitsreform" werden momentan den Blicken der Öffentlichkeit entzogen und in der sogenannten - und wie Hartz durch nichts legitimierten - Rürup-Kommission vorbereitet. All dies geschieht im Wissen und aktiven Beisein der Gewerkschaftsbürokratie, die mit der SPD-Führung verzahnt ist. "Bündnis für Arbeit", Hartz- und Rürup-Kommission – dies sind nicht nur Synonyme des Sozialabbaus und der kampflosen Liqui-

dierung gewerkschaftlicher Positionen, nein, es sind auch die Namen nichtlegitimierter und undemokratischer Gremien, denen die vollständige Macht über die Zukunft der Lohnabhängigen übertragen werden soll.

MASTERPLAN TARIFLIQUIDIERUNG

Die Regierung Schröder/Fischer kommt jedoch im oben genannten Punkt 3 nicht zufriedenstellend weiter. Die gewerkschaftliche Macht in der Bundesrepublik speist sich gerade aus dem Flächentarif als verbrieftem Recht auf Koalitionsfreiheit all derjenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

Die mageren Ergebnisse im Kampf gegen den Flächentarif haben Clements Amtsvorgänger im Arbeitsministerium, Riester, den Kopf gekostet. Nun soll es der vormalige Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens richten. Wolfgang Clement ist durch die Schule des staatlichen SPD-Filzes an Rhein und Ruhr gegangen. Dort hat er es gelernt, das Kapital mit Unterstützung durch Gewerkschaftsvorstände und Betriebsratsfürsten zu fördern und dadurch die Aura des "Modernisierers" erlangt. Dieses Rüstzeug soll nun dazu dienen, den Flächentarif zu durchlöchern und letztendlich zu liquidieren.

Clement hat seit seinem Amtsantritt das öffentliche Echo und die Haltung der Gewerkschaftsbürokratie besonders in der Frage des Tarifrechtes und des Kündigungsschutzes sondiert. Seine über die Medien lancierten Vorschläge zur Aufweichung des Kündigungsschutzes zuerst in Kleinunternehmen folgen dem bekannten Muster, mit Klagen über die Nöte des Handwerks eine Bresche in die kollektiven Schutzsysteme der ArbeiterInnenklasse zu schlagen. Der Wirtschaftsminister rechnet jedoch nicht auf einen schnellen Durchbruch bei den Fragen Tarifrecht und Kün-

digungsschutz. Schließlich soll ein Eckpfeiler gewerkschaftlicher Macht zertrümmert werden. Aber er verfährt nach der Strategie: steter Tropfen höhlt den Stein! Den Zeitraum veranschlagt er mit ein- bis eineinhalb Jahren und die bisherige Politik der Gewerkschaftsführung arbeitet für ihn.

MITGEFANGEN, MITGEHANGEN !

DGB-Chef Sommer, sein Vorgänger Schulte und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften haben die "Reformen" des Arbeitsmarktes durch aktive Mitarbeit in der Hartz-Kommission unterstützt. Auch in der Rürup-Kommission lassen sie sich in den sozialen Kahlschlag einbinden.

Aus diesem Grund ist es für das Kapital und die neoliberale Wirtschaftspresse so einfach, das momentane Veto der Gewerkschaften gegen "Reformen" des Tarifsystems als sachfremde Blockadehaltung zu kennzeichnen. Mitgefangen, mitgehungen! Genau deshalb wird in diesen Wochen das Thema "Bündnis für Arbeit" erneut ins Spiel gebracht. War das Bündnis in der Vergangenheit ein Erfolg für die Kapitalverbände, so scheiterten die vergangenen Gespräche vorerst an der Frage Flächentarif. Mittlerweile ist das Terrain für die Unternehmensverbände günstiger. Sie sagen Sommer & Co sinngemäß: Bei Hartz und Rürup arbeitet Ihr fleißig an der Modernisierung des "Wirtschaftsstandortes Deutschland" mit, beim Flächentarif nicht. Dies passt nicht zusammen!

Auftritt Clement: Seine Masterplanvorschläge greifen Ausnahmeregelungen für den Flächentarif auf, zersetzen ihn dadurch in der Logik der Ereignisse und garnieren dies als Bürokratieabbau, Serviceverbesserung auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt etc.. Am Ende wird uns ein Flächentarif präsentiert der kein Flächentarif mehr ist.

Um dieses Nebelwerk glücklich auszuführen, bedarf es professioneller Nebelwerfer. Darin versteht sich kaum jemand so gut wie die Gewerkschaftsbürokratie. Sie wird gebraucht und darin liegt die Chance von Clements Masterplan. Gleichgültig wie die Etappen der Kamingespräche von BDI, DGB, Clement und Schröder verlaufen und was der detaillierte Inhalt ist: Verlierer würden die 41 Millionen Lohnabhängigen sein.

Oskar Kuhn, 20.02.2003

GEWINNE UND ENTLASSUNGEN

In der **US-Wirtschaft** haben in den vergangenen zwei Jahren insgesamt 1,6 Mio. Menschen ihren Job verloren. Besonders viele Stellen werden derzeit im Einzelhandel abgebaut. Im Dezember gab es ein Minus von 104.000 Jobs - allein die Kaufhauskette J.C.Penny hat die Entlassung von 2.000 Arbeitnehmern angekündigt. (HB 13.1.03)

Die **Salamander AG**, Tochter der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), strafft rigoros ihre traditionelle Schuhsparte. Sie schließt 22 Einzelhandelsgeschäfte, halbiert die Produktion und streicht in der Verwaltung jede dritte Stelle. Insgesamt sollen 1.330 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Bereits 2002 waren knapp 500 Stellen weggefallen. (HB 13.1.03)

Die britische Nachrichten- und Finanzdienstagentur **Reuters** will weitere 1.000 Stellen streichen. In den vergangenen zwei Jahren waren bereits 2.500 Stellen weggefallen. (HB 13.1.03)

Der IT-Dienstleister **Siemens Business Services GmbH & Co.OHG** will in Paderborn 150 von 1.900 Stellen streichen. (HB 15.1.03)

Der US-Kaufhauskonzern **Kmart Corp.** will nach einem Insolvenzantrag bis zu 35.000 Stellen streichen. Er hat bereits 283 Geschäfte dichtgemacht, weitere 326 sollen folgen. (HB 15.1.03)

Der Gabelstapler- und Lagertechnikkonzern **Jungheinrich AG** in Hamburg schließt sein Werk in Leighton Buzzard in Großbritannien bis Mitte 2004. (HB 15.1.03)

Konrad Reich

Wie weiter mit der Antikriegsbewegung?

Der 15. Februar 2003 steht für eine eindrucksvolle weltweite Demonstration und ist Beweis der potentiellen Macht einer international koordinierten Antikriegsbewegung. Millionen Menschen gingen weltweit auf die Straße.

In London waren es mutmaßlich 3 Millionen, in Rom 1 Million, in Berlin eine halbe Million und auch in New York und anderen US-Städten gingen Hunderttausende auf die Straße. Die Proteste gegen den Krieg werden Washington zwar nicht zum Einlenken bewegen, aber die US-Diplomatie muß sich auf die Stimmung der Straße einstellen, speziell den Kriegsalleingang zusammen mit Britannien zu vermeiden trachten. Derweil hat sie auf diplomatischer Ebene Pluspunkte sammeln können.

Die EU-Verständigung vom 17. Februar ist nicht ein Punktsieg von Frankreich und Deutschland sondern der USA! So interpretabel die EU-Erklärung zum Irak für die einzelnen europäischen Mächte ist, sie erfordert die Stimmenthaltung der momentanen europäischen Sicherheitsratsmitglieder und speziell des ständigen Mitglieds Frankreich. Andererseits wäre das Bemühen um eine europäische Außenpolitik wieder zunichte. All dies zeigt, dass der Krieg um Öl auch ein Schattenkrieg von USA und EU um wirtschaftliche und militärische Macht von morgen ist.

So beeindruckend die TeilnehmerInnenzahlen am 15. Februar waren, so unterschiedlich sind die Motive der Teilnehmenden. Die RegierungsvertreterInnen und die AnhängerInnen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen demonstrieren für ein von den USA emanzipiertes Europa. Die Sticker "Altes Europa" hatten für diesen Teil der Demonstration Sinnstiftendes. Die Grenzlinie KriegsbefürworterInnen und KriegsgegnerInnen verläuft für sie entlang der nationalen bzw. kontinentalen Interessen. Deshalb trifft in diesem Punkt die CDU/CSU-Kritik des Antiamerikanismus und deshalb mühen sich Berlin und seine AnhängerInnen um den Schulteranschlag mit Frankreich. Verhält sich Paris wie die Regierung Mitterand zu Beginn des zweiten Golfkrieges ("Nun sprechen die Waffen!") steckt Berlin in einem Dilemma.

Konsequent und richtig ist allein die Position, welche die Grenzlinien des Krieges *international* zwischen "oben" und "unten" zieht, d.h. zwischen den Klassen.

Hier greift der Antiamerikanismusvorwurf nicht und entlarvt sich als pure Kriegstreiberei. Falls die USA die Zustimmung der UN erlangen, wird die momentane Zusammensetzung der Antikriegsbewegung vor die Zerreißprobe gestellt. Nicht nur die Regierungsparteien, auch die PDS argumentiert mit der Sorge um die UN und das Völkerrecht. Bekommt Washington den Zuspruch – die EU hat sich mit ihrem Konsens unter Zugzwang gesetzt – stecken diese Teile in einem Dilemma.

BeobachterInnen zeigen sich erstaunt über die Demonstrationsbereitschaft vieler gerade unorganisierter Menschen. Dies sind die Folgen der internationalen Arbeitsteilung und der im Alltagsbewußtsein mittlerweile fest verankerten Erkenntnis über weltweite Zusammenhänge. Dies ist das objektive Fundament für einen "neuen" Internationalismus.

"Neu ist auch, dass die "üblichen Verdächtigen", die Aktivisten mit Hammer und Sichel, roten Fahnen oder Gewerkschaftseemblemen nicht schwächer als früher vertreten waren, im Gegenteil. Nur die schiere Masse der Demonstranten hat diese Gruppen zu einem Randphänomen gemacht. Man hatte das Gefühl, das ist eine Demonstration, die einen großen Querschnitt der Bevölkerung spiegelt. Das ist in dieser Deutlichkeit ein Novum."

Dieses Zitat aus einem Interview der Frankfurter Rundschau mit dem Sozialwissenschaftler Dieter Rucht kennzeichnet die Herausforderung für die Revolutionären SozialistInnen. Wir müssen unsere bisherige politische Arbeit, speziell das Herantreten an Menschen neu ausrichten. Wollen wir in der Masse der Demonstrierenden eine Rolle spielen, müssen wir mit unseren Antworten offener an die Menschen herantreten. D.h. dauerhafte Abwesenheit über Infostände zum Thema Krieg halten, Informationsveranstaltungen und Diskussionsabende initiieren.

An Aufmerksamkeit wird es uns nicht mangeln, die Antikriegsbewegung steht am Scheideweg. Die Leitung muss dafür Sorge tragen, dass wir zentral, aber auch

vor Ort mit Fahnen und Transparenten buchstäblich sichtbar werden. Und wir müssen in der Tat die Parole des Streiks gegen den Krieg aktiv verbreitern. Alles andere wäre Nachtrabpolitik.

Oskar Kuhn, 20. 02. 2003

ERFOLGREICHE DEMO GEGEN DIE NATO

Trotz schlechtem Wetter nahmen am Freitag den 7. Februar ca. 8000 Menschen an der Auftaktkundgebung gegen die NATO-Sicherheitskonferenz teil. Diese Kundgebung war das Startsignal für die kraftvolle Demo am nächsten Tag mit ca. 25000 DemonstrantInnen.

Bereits bei der Auftaktkundgebung begannen die Provokationen der Polizei und fanden in der Verhaftung T. Pflügers ihren Höhepunkt. Der Redner von der Informationsstelle Militarisierung aus Tübingen hatte SoldatInnen der Bundeswehr zur Desertion aufgefordert. Vom OB Ude wurde der Versuch unternommen, zusammen mit dem DGB die Friedensbewegung in München zu spalten. Es lag nicht in ihrem Interesse, gegen die verlogene Politik der "rot"-grünen Bundesregierung aktiv zu werden. Daher organisierten sie eine eigene Demonstration, um nicht zusammen mit Linksradiكالen hinter den Transparenten des Anti-NATO-Bündnisses laufen zu müssen.

Der Versuch die Friedensbewegung zu spalten misslang. Die meisten Menschen gingen von der Abschlusskundgebung des DGB direkt zur Demonstration des Anti-NATO-Bündnisses. Auch sie halfen damit ein Zeichen gegen Krieg und Militarismus zu setzen. Selbst ver.di, Jusos und Grüne Jugend riefen zur Demonstration am Marienplatz auf. Erstere waren von den Einzelgewerkschaften am stärksten vertreten.

Allerdings nahmen viele Menschen wohl in erster Linie an den Aktionen teil, weil sie gegen den bevorstehenden Krieg gegen den Irak sind. Dass die linke Demo sich insbesondere auch gegen die deutschen Interessen und die unglaubliche Haltung der Bundesregierung wandte, dürfte nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Eine Tendenz zum Antiamerikanismus bei einigen Parolen ließ sich allerdings nicht leugnen. Die deutsche Regierung tut natürlich einiges um die Stimmung in diese Richtung zu lenken. Die Aktionen gegen die NATO-Sicherheitskonferenz wurden ein voller Erfolg internationaler Solidarität gegen Rassismus und Krieg!

Korrespondent München

BETEILIGUNG AN DEN ANTIKRIEGSPROTESTEN

Spanien: In 56 Städten beteiligten sich über vier Millionen Menschen an den Demonstrationen. Das sind über 10% der Bevölkerung des Landes, dessen Regierung unter Ministerpräsident Aznar auf klarem Kriegskurs ist. Die größten Demos gab es in Barcelona (1,3 Mio.) Madrid (eine Million), Zaragoza (300.000), Valencia (280.000), Sevilla (250.000) und Bilbao (160.000). Eine große Rolle bei den Protesten spielten KünstlerInnen und Intellektuelle; mobilisiert hatten u.a. auch alle größeren Gewerkschaftsverbände.

Großbritannien: Weit über eine Million Menschen demonstrierten in London, über 100.000 im schottischen Glasgow. Mobilisiert hatte ein breites Bündnis aus pazifistischen Gruppen, Gewerkschaften, Labour-Abgeordneten, MigrantInnenverbänden und KünstlerInnen. Revolutionär-sozialistische Kräfte spielten sowohl bei der Organisation der Demos wie auf den Kundgebungen eine sichtbare Rolle.

Italien: Bis zu drei Millionen Menschen protestierten in Rom nicht nur gegen den drohenden Krieg sondern auch gegen die neoliberale Politik der Regierung Berlusconi. Auch hier hatten Gewerkschaften einen wesentlichen Anteil an der Mobilisierung.

Niederlande: Ca. 20.000 Menschen beteiligten sich in Amsterdam an einer von Friedensgruppen und der parlamentarischen Linken organisierten Demonstration.

Griechenland: Über 150.000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration. Nach Angriffen der Polizei auf die starken Blöcke der radikalen Linken kam es zu schwereren Auseinandersetzungen und zahlreichen Festnahmen.

Frankreich: In Paris demonstrierten über 200.000 Personen, in Lyon, Marseille, ... jeweils noch einmal Zehntausende. UnterstützerInnen des „Antikriegskurses“ der französischen Regierung oder rechte Kräfte waren dabei marginal. Linke und revolutionäre Organisationen und die Gewerkschaften CGT, FSU und SUD stellten starke Blöcke.

Portugal: 80.000 Menschen demonstrierten in Lissabon gegen den Krieg. Aufgerufen hatten die portugiesische KP und der „Block der Linken“, in welchem unsere portugiesischen GenossInnen von der PSR eine wichtige Rolle spielen.

Ungarn: Trotz drohendem Verbot nahmen 50.000 Menschen an einer Kundgebung teil, zu welchem Antiglobalisierungs- und Friedensgruppen aufgerufen hatten.

joe hill

NEUERSCHEINUNG

Karl Grobe-Hagel
**Krieg gegen Terror?
Al Qaeda, Afghanistan und der
»Kreuzzug« der USA**

Karl Grobe-Hagel, seit über 30 Jahren im außenpolitischen Ressort der Frankfurter Rundschau tätig, legt eine umfassende Bilanz des Afghanistan-Kriegs und dessen Ausweitung durch die USA vor. Ausführlich wird dargestellt, wie aus dem ‚Kampf gegen den Terror‘ erst der Afghanistan Krieg, dann die Errichtung eines weltweiten neuen Militärstützpunkt-Systems der USA und schließlich die Ausweitung der Kriegsdrohungen auf andere Länder durch die Proklamation der ‚Achse des Bösen‘ erwachsen. Dass dies keine leeren Worte sind, zeigt die Vorbereitung eines Krieges gegen den Irak durch die Bush-Administration.

**168 S., Euro 14,00,
ISBN 3-89900-105-2
Neuer ISP Verlag**

Gewerkschaften und Krieg

Die anschwellende Antikriegsbewegung ist an den Gewerkschaften nicht spurlos vorbei gegangen.

Nicht nur waren viele KollegInnen auf den verschiedenen Demos. Inzwischen gibt es sogar gewerkschaftliche Stellungnahmen, die nicht einfach nur den in Nöten geratenen Regierungschef unterstützen wollen. Auf der Betriebsversammlung von ver.di Baden-Württemberg hat die Landesvorsitzende Sibylle Stamm die Beschäftigten zu 5 Mahnminuten am Tag X um 11.45 Uhr aufgerufen.

VOR DEM TAG X!

Wir sollten aber nicht bis zum Tag X warten. Je mehr Druck vorher erzeugt wird, um so größer die Chance, tatsächlich noch den offenen Kriegausbruch zu verhindern. Käme es v. a. in den USA zu massenhaften Streiks, müsste die US-Regierung in kürzester Zeit ihre Kriegspläne fallen lassen.

Wir können jedoch die Verantwortung nicht auf die amerikanischen KollegInnen abschieben. Auch wir müssen mehr tun als "nur" zu demonstrieren. Selbst Sitzblockaden wie die mit über 2000 Beteiligten am 22. Februar vor der Rhein-Main-Air-Base (dem US-genutzten militärischen Teil des Frankfurter Flughafens) haben nur symbolischen bzw. "demonstrativen" Charakter. Direkt behindern können sie nichts.

Auf die Aktionen in den Betrieben kommt es an und die müssen letztlich koordiniert werden, damit "Zug" rein kommt und die Repression erschwert bzw. unmöglich gemacht wird. Von daher ist es zu begrüßen, wenn der DGB-Bezirk Baden-Württemberg in einem Schreiben seines Vorsitzenden Rainer Bliesner an den DGB-Bundesvorstand den Vorschlag gemacht hat, 5 Mahnminuten für den Frieden in Betrieben und Verwaltungen zu organisie-

ren, um damit "ein öffentliches Zeichen für eine friedliche Lösung des Irak-Konflikts zu setzen".

Doch bliebe es dabei stehen, wäre auch das nur symbolisch. Bliesners Argumentation bleibt schwach. Politisch eindeutiger ist da schon der Aufruf des IG Metall Ortsvorstands Waiblingen (Bezirk Stuttgart), den wir wegen seiner besseren politischen Stoßrichtung vollständig zitieren wollen und den wir – so oder ähnlich – zur Nachahmung empfehlen (siehe Kasten).

Hinzufügen möchten wir allerdings: Dies kann nur ein Auftakt sein. Mahnminuten reichen nicht. Es braucht eine engagierte Kampagne zur Mobilisierung für einen tatsächlichen Streik. Einen Streik, der die Herrschenden trifft, verbunden mit Aufrufen zum zivilen Ungehorsam, zur Desertion, Lahmlegung des öffentlichen Lebens bei Kriegausbruch usw. Nach Lage der Dinge können bei uns nur die Gewerkschaften dies wirklich organisieren. Nur sie haben sowohl die organisatorische Kraft wie auch gerade noch ausreichend Autorität unter den KollegInnen, um zumindest Teile der Belegschaften, StudentInnen, RentnerInnen usw. zu bewegen. Um genau diesen politischen Prozess in den Gewerkschaften voran zu bringen, muss sich die Gewerkschaftslinker in der nächsten Zeit besser organisieren und Initiativen ergreifen.

ITALIEN: SOZIALES MIT POLITISCHEM VERKNÜPFT

Der vierstündige Streik der am 21. Februar den größten Teil der italienischen Industrie lahmlegte, war vom Gewerkschaftsbund CGIL organisiert worden und war gegen die Arbeitsgesetzgebung (Lockerung des Kündigungsschutzes) gerichtet. Die anderen beiden großen Verbände hatten sich zurückgehalten sind aber jetzt unter Druck geraten und wollen demnächst Gespräche über gemeinsame Aktionen wenigstens zur Verteidigung des Kündigungsschutzes aufnehmen.

Insgesamt demonstrierten 100 000 Streikende, davon 25 000 in Turin und 20 000 in Mailand. In einer ganzen Reihe von Städten tauchten bei den Demos Antikriegstransparente auf. Unser Korrespondent war vor allem von den Sprechchören beeindruckt. Sinngemäß: Legt den Kriegern Bush und Berlusconi das Handwerk! Dies ist die richtige Einstimmung, um hoffentlich bald zu einem politischen Streik gegen die Kriegspolitik aufzurufen.

Speziell die kleineren *cobas*, die radikaleren gewerkschaftlichen Basiskomitees, propagieren seit Monaten den Generalstreik bei Kriegsbeginn und haben das allen europäischen Gewerkschaftsverbänden vorgeschlagen. Aus der DGB-Zentrale wird sicherlich nur eine Antwort kommen, wenn auch bei uns mehr Druck von

unten erzeugt wird. Die *cobas* wollen auch die Gewerkschaften Brasiliens bitten, sich diesen europäischen Streiks anzuschließen.

GROSSBRITANNIEN: GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄRE AGITIEREN FÜR STREIK

Auf einer Versammlung der britischen Antikriegsbewegung *Stop the war coalition* am 9. Februar sprachen sich führende Vertreter von fünf großen TUC-Gewerkschaften mit insgesamt 750 000 Mitgliedern dafür aus, dass für den Fall eines Kriegsbeginns Streiks ausgerufen werden. Sie selbst gaben keinen formellen Aufruf heraus, forderten aber eine entsprechende Initiative des Dachverbandes TUC.

Mick Rix von der Eisenbahnergewerkschaft *Aslef* betonte, dass einige Bahnkollegen es heute schon ablehnen, Material zu transportieren, das für den Krieg verwendet werden kann (vgl. dazu auch letzte *avanti* Seite 15). Paul Mackney von der Gewerkschaft der Universitätsdozenten *Natfhe* geht von verbreiteten Arbeitsniederlegungen in der Industrie aus, wenn Blair den Krieg offiziell eröffnet. Man werde zwar – aus rechtlichen Gründen – heute nicht zu einem Streik aufrufen, aber es werde sicherlich nicht ruhig bleiben. Bob Crow, Vorsitzender der TransportarbeiterInnen-Gewerkschaft *RMT* verwies auf das Beispiel Rumäniens, wo man Ceauscescu

aus dem Weg geräumt habe, weil er nicht auf das Volk gehört habe.

QUER ÜBER DEN GLOBUS

Inzwischen gibt es Gewerkschafteraufrufe in der ganzen Welt. Besonders der Aufruf der Vereinigung *US Labor Against War* (vgl. Artikel auf S. 14) wurde weltweit beachtet und innerhalb von 3 Wochen von mehr als 50 Gewerkschaften unterstützt. In Australien hat eine Versammlung von mehreren Gewerkschaften, die insgesamt 75 000 Mitglieder vertreten, für den Kriegsausbruch mit Streik gedroht (*West Australian*, vom 5. Feb.) Auf dem Gewerkschaftstag der indischen BauarbeiterInnen-Gewerkschaft mit Vertretern der Schwestergewerkschaften aus Bangladesch, Australien, England und dem Irak wurde eine scharfe Antikriegsresolution verabschiedet. In Frankreich haben sich BahnarbeiterInnen der Gewerkschaft *SUD* gegen den Krieg organisiert (*Cheminots contre la guerre*). Der südafrikanische Gewerkschaftsverband *Cosatu* hat eine Erklärung herausgegeben unter dem Titel *COSATU Says No to Oil War*. Laßt uns so viel Druck erzeugen, dass auch in den Betrieben der BRD die Organisierung von Streiks eingeleitet wird.

Clarissa L.

GEWINNE UND ENTLASSUNGEN 2

Der schwedische Hersteller von Haushaltsgeräten, **Electrolux**, plant weltweit 5.100 Stellen abzubauen. Der Hauptteil der Kürzungen erfolgt in den USA und China, in Europa sollen 343 Arbeitsplätze wegfallen. Zusätzlich werden kleinere Produktionsstätten in Rothenburg (Deutschland), Motala (Schweden) und Forli (Italien) teilweise nach Rumänien ausgelagert. (Handelsblatt-HB-18.12.02)

Delta Airlines, drittgrößte US-Fluggesellschaft, teilte mit, dass fast 4.000 Mitarbeiter gegen Abfindung oder Frühpensionierung aus dem Konzern ausscheiden. (HB 18.12.02)

Die britischen Vermögensverwalter **Amvescap Plc**, **Aberdeen Asset Management Plc** und **Schroders Plc** haben 2002 bereits 1.300 Stellen gestrichen. Nunmehr sollen im ersten Quartal 2003 weitere 1.000 Arbeitsplätze wegfallen. (HB 18.12.02)

Die Internet-Agentur **Pixelpark AG** hat angekündigt, dass erneut 150 Arbeitsplätze wegfallen. (HB 7.1.03)

Der weltgrößte Aluminiumhersteller, der US-Konzern **Alcoa**, hat im vierten Quartal 2002 wegen hoher Rückstellungen für den geplanten Abbau von 8.000 Jobs an 70 Standorten zum ersten Mal seit zehn Jahren rote Zahlen geschrieben. Im gesamten Jahr 2002 erwirtschaftete Alcoa allerdings einen Gewinn von 420 Mio. \$. (HB 9.1.03)

Beim Spezialisten für Kundenmanagement-Software **Siebel** mußte 2002 jeder sechste Mitarbeiter gehen. Der Datenbankspezialist **Oracle** hat rund 1.000 Stellen abgebaut, und bei den deutschen Beratern des Softwareriesen steht Kurzarbeit an. Auch **SAP** hat in den USA knapp 90 Mitarbeiter gekündigt. (HB 9.1.03)

Die britische **Kingfisher Plc**, drittgrößter Baumarktbetreiber der Welt, schließt seine sechs Castorama-Baumärkte in Deutschland mit 391 Beschäftigten. (HB 10/11.1.03)

Konrad Reich

PRESSEINFORMATION

IG Metall Ortsvorstand Waiblingen will 5 Mahnminuten für den Frieden in Betrieben.

Alles tun für eine friedliche Lösung des Irakkonflikts!

Der IG Metall Ortsvorstand Waiblingen unterstützt die Bemühungen, bundesweit zu 5 Mahnminuten für den Frieden in den Betrieben aufzurufen. Wir fordern den IG Metall Vorstand auf, sich beim DGB und den Schwestergewerkschaften für einen entsprechenden Aufruf für alle Betriebe, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen einzusetzen.

Mit einer „Aktion Fünf vor Zwölf“ soll mit einem wichtigen Signal zum Ausdruck gebracht werden, wie stark die Beschäftigten in Betrieben, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen eine friedliche Lösung des Irakkonfliktes unterstützen.

Trotz der nicht zu akzeptierenden Politik des Regimes von Saddam Hussein müssen wir jetzt alles daran setzen, die anhaltende Gewaltspirale zu durchbrechen.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, sich konsequent für eine Verhinderung dieses Krieges einzusetzen. Wer einen Krieg politisch für falsch und militärisch für gefährlich hält, darf ihn nicht einmal indirekt unterstützen. Das heißt auch:

- Keine Überflugrechte für US-Militärmaschinen im Kriegseinsatz,
- Keine Nutzungsrechte der US-Stützpunkte in Deutschland und keine indirekte Unterstützung etwa dadurch, dass man US- und britische Truppen entlastet, indem man die deutschen Truppenkontingente in Afghanistan oder auf dem Balkan erhöht.
- Rückzug der Spürpanzer aus Kuwait
- Keine Bundeswehreinsätze im Innern.

Wir bleiben dabei: Kein Krieg – Kein Blut für Öl

<http://www.bw.igm.de/waiblingen>; email: waiblingen@igm.de

Dieser einstimmige Beschluss vom 17.2.03 ist als pdf-Datei herunterzuladen unter:

<http://www.labournet.de/krieg/usa/d/igm/waiblingen.pdf>

Harte Tarifrunde bei der Bahn AG

Am 28. Februar dieses Jahres läuft der Entgelttarifvertrag (ETV) bei der Deutschen Bahn AG aus. Er gilt für die fünf Kernunternehmen DB Netz, DB Reise & Touristik, DB Regio, DB Cargo und DB Station & Service, aber nicht für eine Reihe weiterer Tochterunternehmen wie DB Services oder DB Dialog.

Dieser auslaufende Tarifvertrag hatte mit 28 Monaten eine verhältnismäßig lange Laufzeit und mit Entgelterhöhungen von 2,0 Prozent zum 01.11.2000 und 2,4 Prozent zum 01.03.2002 eine mehr als moderate Steigerungsrate. Für die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner in Ostdeutschland sah er eine Anpassung auf mittlerweile 90 Prozent der Westeinkommen vor. Das bedeutet in der Praxis immer noch, dass z.B. ein Lokführer in Dresden bei gleicher Tätigkeit mit ca. 200 Euro im Monat weniger im Portemonnaie nach Hause geht als sein Kollege in Köln.

Der letzte Tarifabschluss war nicht der erste "moderate" der Tarifparteien. Im Rahmen des sogenannten Beschäftigungsbündnisses Bahn schlossen die drei tariffähigen Gewerkschaften bei der Bahn AG, Transnet, GDBA und GDL auch bei den Tarifrunden davor Lohn- und Gehaltserhöhungen ab, die, wenn überhaupt, nur unwesentlich die Realeinkommen der Bahnbeschäftigten anhoben. Dies geschah alles unter der Prämisse, die sogenannte Bahnreform nicht zu gefährden, zur Sanierung des größten Staatsunternehmens beizutragen und Arbeitsplätze "sozialverträglich" abzubauen.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten stieg in den letzten 6 Jahren um 140 Prozent, es wurden ca. 70.000 Arbeitsplätze vernichtet und die Bilanz des Bahnkonzerns weist keine tiefroten Zahlen mehr auf – und das beim mittlerweile fast vollständigen Wegfall der Bundeszuschüsse für die durch den Anschluss der DDR bzw. die Bahnreform entstandenen Sonderbelastungen.

ENDE DES SCHMUSEKURSES

Nun scheint aber der Schmusekurs der größten Gewerkschaft Transnet beendet zu sein, wenn man den Worten des Vorsitzenden Norbert Hansen glauben will. Nachdem ein sogenannter Ergänzungstarifvertrag bei der für den Nahverkehr zuständigen Tochter DB Regio, durch erhebliche Proteste an der Basis im Dezember vorigen Jahres auf Eis gelegt wurde (siehe Avanti

Januar), fand und findet zur Zeit eine breite Mitgliederdiskussion statt, welche die laufende Tarifrunde begleiten soll. Mit "Basisdialogen" und "Stammtischen" soll die gewerkschaftliche Demokratie neue Impulse bekommen, damit die Verhandlungsdelegation bzw. die Tarifkommission nicht im luftleeren Raum verhandelt.

Dies ist auf jeden Fall zu begrüßen, doch war die Resonanz auf die Veranstaltungen von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. An einigen Orten scheint die Resignation in der Mitgliedschaft tiefer zu liegen als einige hauptamtliche Funktionäre glauben. Hier wird sich jahrelang vernachlässigte Basisarbeit – erschwert durch ständige Strukturänderungen und räumliche Ausdehnung des Bahnbetriebs sowie abgehobene Funktionärstätigkeit – nicht von heute auf morgen verändern lassen. Eine wirklich erfolgreiche Tarifrunde wird aber ein positiver Schritt zur Überwindung der Resignation sein.

5 % UND ANGLEICHUNG DER OSTLÖHNE AN DAS WESTNIVEAU

Ergebnis der Diskussionen an der Basis und in den Regionen war schließlich eine Tarifforderung von 5 Prozent allgemein und eine möglichst sofortige Angleichung der Ostlöhne an die in den westlichen Bundesländern. Besonders letzterer Aspekt wurde von den Kolleginnen und Kollegen in Ostdeutschland zum Teil kämpferisch eingefordert. Sie sind nicht mehr bereit, die Unterschiede im Einkommensniveau hinzunehmen, zumal ihre Arbeitsplätze dadurch nicht sicherer geworden sind. Das wird u.a. bei der noch immer nicht beendeten Schließungsorgie der Instandhaltungswerke deutlich. So liegen von den acht betroffenen größeren Werken allein fünf im Osten.

Auch mit der allgemeinen Forderung von 5 Prozent sagt mensch deutlich, dass es eindeutig um eine auf Einkommenszuwachs orientierte Tarifrunde geht und das bei einer Laufzeit von 12 Monaten, um eine weitere Abkopplung der Bahnbeschäftigten von der allgemeine Tarifentwicklung zu verhindern. Andere Forderungen, wie

z.B. Reduzierung der Arbeitszeit, finden besonders im Osten kaum Resonanz, da man durch das z.T. massive Ansteigen der Preise und Sozialabgaben das Geld wenigstens für die Erhaltung des Lebensstandards benötigt.

Dem steht ein mehr als mageres Angebot des Bahnvorstandes gegenüber. Einkommenszuwachs in Höhe der offiziellen Inflationsrate und besonders die Laufzeit von 36 Monaten, werden als eine Frechheit betrachtet. Schon jammert Bahnchef Mehdorn in der bundesweiten Mitarbeiterzeitung "Bahnzeit" (von den Kollegen auch als "Bahn-Bild" verspottet) herum, die Forderungen gefährdeten den Sanierungskurs, der 2004 weitgehend zum Abschluss kommen und mit dem Börsengang gekrönt werden soll.

All diese Ausgangsbedingungen deuteten auf eine zähe Tarifrunde hin. Die Gewerkschaftsführung der Transnet hat hoffentlich begriffen, dass sie ohne intensive Einbeziehung der Basis im Regen stehen bleibt und die Resignation noch größer wird.

Um den diesjährigen Forderungen noch mehr Gewicht zu verschaffen, plant die Transnet am 14. März eine Großdemonstration vor dem "Bahntower" am Potsdamer Platz in Berlin.

Korrespondent

Frauen in der Mobilisierung gegen die NATO

Das erste Mal seit vielen Jahren gab es bei der diesjährigen Mobilisierung gegen die NATO-Sicherheitskonferenz wieder einen Aufruf für einen eigenständigen Frauen-/Lesbenblock auf einer Demonstration. Auch bei der Gegenkonferenz wurde die Thematik "Militarisierung und Patriarchat" diskutiert.

Schon von Beginn der Bündnisverhandlungen an, wurde die Forderung aufgestellt, dass sowohl bei dem Gegenkongress wie auch bei den Demonstrationen Frauen einen festen Platz bekommen sollten. Obwohl die meisten linken Frauenstrukturen schon lange zusammengebrochen sind, konnten doch einige Aktivitäten für eine eigene Frauenmobilisierung entwickelt werden. Auf dem Kongress fand daher auch ein Forum unter dem Titel "Militarisierung und Patriarchat" statt.

Auch wenn der Ansatzpunkt der Referentinnen, nämlich die Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit als ein Hauptmerkmal patriarchaler Gesellschaften, vor allem die profitwirtschaftliche Seite von Militarismus ausblendete, wurden doch einige interessante Aspekte der Verbindung von Frauenunterdrückung und Krieg dargestellt. Als Beispiel kann hier vor allem der Zusammenhang zwischen Krieg und der Ausbeutung des weiblichen Körpers, als deutlichste und krasseste Form der Diskriminierung von Frauen in Kriegsgebieten, genannt werden. Denn dort ist meistens neben Drogen und Waffen der Handel mit Frauen zum "Marktsegment" geworden. In der Diskussion wurde angeregt, dass es jetzt in der Antikriegsbewegung vor allem die Auseinandersetzung darüber braucht, wie neue feministische Ansätze entwickelt werden können. Verbindungen müssen deutlich gemacht und neue Formen, Räume und Strukturen geschaffen werden, in welchen sich antipatriarchale und somit radikale Widerstandsperspektiven gegen Krieg und Globalisierung entwickeln können.

FRAUEN IM BÜNDNIS

Üblicherweise sind linke Frauen in Bündnissen und auf den Redetribünen unterrepräsentiert. Das gleiche gilt auch für Inhalte, die versuchen ein spezielles Thema, wie etwa Krieg mit der gesellschaftlichen Diskriminierung von Frauen zu verbinden. Deshalb ist es ein positives Signal, dass im Aufruf des Bündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz darauf aufmerksam gemacht wird, dass Frauen ge-

sondert von Kriegshandlungen betroffen sind: "Die patriarchalen Struktur von Kriegen und militarisierten Gesellschaften richtet sich verstärkt gegen Frauen und Kinder. Es gibt einen engen Zusammenhang von Krieg und der Zunahme männlicher Gewalt, von Krieg und Vergewaltigung, von Militär und Prostitution."

Neben diesem inhaltlichen Bezug gab es dieses Jahr das erste Mal seit langem wieder einen Aufruf auf der Demo am 8.2. einen Frauen-/Lesbenblock zu organisieren. Nachdem durch das Ende der aktiven Frauenbewegung auch innerhalb der Linken das Thema Patriarchat und Feminismus quasi in Vergessenheit geraten ist, ist es wichtig, dass Frauen dieses Mal wieder ausdrücklich aufgerufen wurden, gegen das Treffen der Weltkriegselite zu protestieren. Da die Demo wesentlich größer wurde als erwartet und die Blockaufteilung nicht wie geplant durchgeführt werden konnte, war auch leider vom Frauen-/Lesbenblock wenig zu sehen.

Was aber zählt, ist die Initiative einen solchen Block zu formieren, denn dabei handelt es sich um den Ausdruck einer positiven Entwicklung, die wieder sichtbar machen möchte, dass Frauen auch spezifische Interessen haben gegen Krieg und Militarismus zu demonstrieren. So gab es auf der Demo sogar einen eigenen Redebeitrag "Gegen Patriarchat und die Militarisierung der Gesellschaft" und Frauen aus dem Bündnis organisierten einen eigenen Treffpunkt für das ganze Wochenende.

FRAUEN GEGEN KRIEG MOBILISIEREN

Um eine breite Antikriegsbewegung aufzubauen, müssen alle Interessen diskutiert und einbezogen werden. Daher ist es wichtig zu versuchen, auch spezifische Fraueninteressen gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren. Ein Anknüpfungspunkt kann wie bei der Münchner Mobilisierung die Betroffenheit von Frauen in den Kriegsgebieten sein. Deshalb sollte unsere Antikriegspolitik die Zusammenhänge von militärischer Besetzung und Frauenhandel, Vergewaltigung als Kriegstaktik sowie Armee und Prostitution deut-

lich thematisieren. Hier geht es sowohl um Frauen als Opfer von Kriegen wie auch um die Rechte von Frauen als Flüchtlinge.

Trixi Blixer

„Frauen und Kinder leiden am meisten unter den Vertreibungen“

Interview mit Genossin Ana Basco vom Frauenkomitee der Revolutionary Workers Party of Mindanao (RWP) auf den Philippinen von B.B.

Avanti: *Wie hat sich die politische Lage nach dem 11. September auf Mindanao entwickelt?*

Ana: Nach dem Ereignis vom 11.9. hat sich die Situation auf Mindanao grundlegend geändert. Die Regierung der Philippinen bekam große Unterstützung durch die USA im „Kampf gegen den Terrorismus“. Dieser Kampf ist in Wirklichkeit kein Kampf gegen Terroristen, sondern gegen die revolutionären Bewegungen auf Mindanao¹. Sie alle werden als „terroristisch“ bezeichnet. Gleich nach dem 11. September startete die Regierung eine militärische Offensive gegen die moslemische Bevölkerung mit Unterstützung der 1500 US-Soldaten, die seit Januar 2002 auf Mindanao stationiert sind.

Zuerst hatte es geheißt, dass die US-Truppen nur zu einer militärischen Übung bis zum Juni 2002 bleiben würden. Es gab massive Proteste zur Beendigung des Stationierungsvertrages. Sie waren zunächst erfolgreich, doch wurde der Vertrag auf Druck der USA durch einen anderen ersetzt. Auch er dient dem Kampf gegen die moslemischen „Fundamentalisten“ und „Terroristen“ in Süd-Ost-Asien und besonders auf Mindanao.

Die Angriffe richten sich keineswegs nur gegen die Abu Sayaf als Verbindungsglied zum internationalen Terrorismus, sondern gegen die moslemische revolutionäre Bewegung, gegen die Zivilbevölkerung, auch gegen christliche und indigene Bevölkerungsgruppen. Sie finden nicht nur auf Basilan statt, wo die Abu Sayaf Einfluss haben, sondern in allen Teilen Mindanaos. Erst kürzlich gab es heftige Gefechte, die die Vertreibung von 22000 Familien im Kernland von Mindanao zur Folge hatten. Militante AktivistInnen werden verhaftet. Als Rechtfertigung diente dem Militär die Suche nach Abu Sayaf. Auch jetzt geht die Vertreibung von Tausenden von Familien weiter.

Avanti: *Wie sind die Frauen von dieser Situation betroffen?*

Ana: Am meisten verwundbar sind in dieser Kriegssituation die Frauen und Kinder. Sie leiden am meisten unter den Vertreibungen und werden in die Lager der

Regierung gepercht. Damit sind die Frauen von ihrem bisherigen Leben auf dem Land abgeschnitten und müssen nun die Situation im Lager bewältigen z.B. im Fall von Epidemien, die vor allem die Kinder betreffen. Auch die Frauen, die in ihren Dörfern bleiben konnten, leiden unter der Militarisierung. Die Armut, in der sie leben, steigt durch Requirierungen der Armee. Es gibt Fälle von Vergewaltigungen durch Soldaten und Berichte über Menschenrechtsverletzungen an Frauen in den Lagern der Regierung.

Avanti: *Wie müssen wir uns diese Lager vorstellen?*

Ana: Es gibt einige feste Lager in früheren Schulen. Nur zu Beginn wurden die Vertriebenen von der Regierung mit Lebensmitteln versorgt. Die christlichen SiedlerInnen und die Indigenas bleiben in diesen Lagern. Aber die meisten moslemischen Frauen wollen nicht in den Lagern leben und versuchen zu ihren Verwandten zu fliehen, die jedoch selbst in großer Armut leben. So erhoben diese Frauen die Forderung nach Rückkehr in ihre Dörfer. Sie können aber nicht zurückgehen, weil das Militär Posten stationiert und Zäune um die Dörfer gezogen hat, um sie als angebliche Zentren der Moro Islamic Liberation Front (MILF) zu isolieren. Dort kann es auch jeder Zeit zu Kämpfen kommen. In den Lagern können sie aber auch nicht bleiben, weil es dort kein Land zur Bebauung gibt, und das wäre die einzige Möglichkeit die Mittel zum Überleben aufzubringen.

Ein weiteres Problem ist das der Wiederherstellung des normalen Lebens der vertriebenen Frauen und Kinder. Die Kinder können wegen des Krieges nicht mehr zur Schule gehen oder weil ihre Schule als Lager belegt ist. Manche Kinder haben im Krieg ihre Eltern verloren und sind in einer miserablen psychischen Verfassung.

Avanti: *Was ist die Reaktion der Frauen? Gibt es Ansätze zur Selbstorganisation?*

Ana: Es gibt unter den Frauen der drei Völker, wo wir Einfluss haben, eine Frauenorganisation. Indigene, moslemische und

christliche Frauen kommen zusammen und diskutieren, wie sie unter der Kriegssituation zusammenarbeiten und vor allem unter diesen sehr, sehr schwierigen Umständen überleben können. Es gibt Initiativen, die an die lokalen Behörden die Forderung nach Rückkehr in die Dörfer verbunden mit dem Rückzug der Militärs aus dem Gebiet stellen. Diese Fraueninitiativen gibt es in verschiedenen Gegenden Mindanaos und in Zentralmindanao waren sie z.Tl. erfolgreich. Sie sind auch in den Lagern aktiv. Die Kampagne, dass der Friedensprozess fortgesetzt wird und sich das Militär zurückzieht, geht weiter. Es hängt auch von den Frauen und ihrer Kampagne ab, inwieweit die Friedensgespräche zwischen Regierung, MILF und Kommunistischer Partei der Philippinen (CPP) erfolgreich sein werden.

Die starke Friedensbewegung in Mindanao gründet nicht nur auf der Anerkennung der Unterschiede der drei Völker. Es geht ihr vielmehr darum, eine eigene Friedenskultur der drei Völker zu entwickeln. Dazu kommen VertreterInnen der Indigenas, der christlichen SiedlerInnen und der Moros zusammen und diskutieren Friedensvorschläge, um den Krieg zu beenden. So sind z.B. die moslemischen Frauen sehr aktiv in einer Initiative für ein Referendum der Moslems. Sie wollen über die Möglichkeiten selbst entscheiden, den jahrhundertalten Konflikt in Mindanao zu beenden.

Avanti: *Was ist die Haltung der RWP zur Frauenbefreiung?*

Ana: In der Partei haben wir eine ernsthafte Diskussion darüber, die Rolle der Frauen in der Revolution wirklich anzuerkennen. In der Vergangenheit mit ihrer maoistischen Tradition gab es eine mehr formale Anerkennung. Nun diskutieren wir in der RWP über Feminismus und wie wir den sozialistischen Feminismus in die Parteilarbeit integrieren können, vor den unterschiedlichen kulturellen Hintergründen der verschiedener Nationalitäten der moslemischen, christlichen und indigenen Frauen. Entsprechend den Verhältnissen versuchen wir sozialistisch-feministisches Bewußtsein in unserer Massenarbeit unter

Frauen zu verbreiten. Die Frauen der drei verschiedenen Völker beteiligen sich in unterschiedlicher Weise. So haben die moslemischen Frauen eigene Ziele. Das erste ist die Anerkennung ihrer Rechte. Das ist das Problem der moslemischen Frauen. Der Islam auf Mindanao gibt den Frauen zwar mehr Freiheiten als anderswo. Aber es gibt Widersprüche zum islamischen Fundamentalismus, den es auch auf Mindanao gibt. Eine Frauenbewegung aufzubauen, bedeutet nicht alle Ideen des Nordens und des Westens zu kopieren. Schließlich ist die Situation z.B. der moslemischen Frauen hier sehr verschieden von jener. Die Lage der indigenen Frauen ist anders. Die indigenen Gemeinden akzeptieren z.B. die Teilnahme der Frauen an der Selbstverwaltung. So gibt es einige Stämme, die ihre Selbstverwaltung wiederherstellen konnten. Und die Frauen haben dort ihre Vertretung durchgesetzt. Auch in den städtischen und ländlichen christlichen Siedlungen gibt es eine Beteiligung der Frauen an der Selbstverwaltung. Das war ein erster Erfolg einer Kampagne zur Durchsetzung ihrer Rechte. Frauen organisieren sich auch im Kampf zur Lösung wirtschaftlicher Probleme und der schlechten Gesundheitsversorgung.

Auch innerhalb der RWP ist die Verbreitung sozialistisch-feministischem Bewußtseins ein Prozess und nicht von heute auf morgen zu erreichen. Es ist nicht nur eine Anstrengung unter uns Frauen, sondern auch unter den Männern. Unter ihnen gibt es einige, die keine Kenntnisse über die besonderen Rechte von Frauen und ihre besonderen Ziele in der Bewegung haben. In diesem Zusammenhang ist es unsere Aufgabe, eine entsprechende Vertretung der Frauen auf den verschiedenen Leitungsebenen der Partei zu erreichen und besondere Kurse für Genossinnen einzurichten, um Fragen des sozialistischen Feminismus zu studieren. Aber auch die Genossen müssen in unsere Frauenarbeit einbezogen werden.

1 Die RWP sieht die moslemische Bewegung auf Mindanao insofern als revolutionär an, wie diese die gemeinsamen Forderungen der Bevölkerung auf revolutionärem Wege verteidigt. Sie kämpft gegen den Raub des Landes durch die multinationalen Konzerne, die dort Plantagen errichten wollen. Sie kämpft auch bewaffnet für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Die Forderungen der Bevölkerung hatte die moslemische Bewegung schon gegen den spanischen und den US-Kolonialismus verteidigt.

Gilbert Achcar
Der Schock der Barbarei

Der 11. September und die »neue Weltordnung«

Eine Analyse des aus dem Libanon stammenden französischen Wissenschaftlers: der 11. September im Kontext der Beziehungen der USA mit islamistischen Gruppen und der Rolle Saudi-Arabiens.

Diese Untersuchung zu den wahrscheinlichen Umrissen kommender Entwicklungen ist nüchtern, kompromisslos, bestens informiert und voller Denkanstöße und kluger Analysen. Man sollte dieses Buch lesen und darüber nachdenken.

Noam Chomsky zur englischsprachigen Ausgabe

Mit einem ungewöhnlichen Verständnis für die Fakten der internationalen Politik analysiert Achcar die Ursprünge und Entwicklungen des Zusammenpralls. (...) Besonders das Kapitel "Hass, Barbarei, Asymmetrie und Anomie" muss jeder unbedingt lesen; es ist der über-

zeugendste und gründlichste Text, den man über diesen Krieg lesen kann.
Paul-Marie de la Gorce in *Le Monde Diplomatique* zur französischen Ausgabe.

**131 S., Euro 12,00,
ISBN 3-89900-105-2
Neuer ISP Verlag**

US-GewerkschafterInnen gegen den Krieg

Über hundert US-amerikanische GewerkschafterInnen haben zum Kampf gegen den Irakkrieg aufgerufen.

Die GewerkschafterInnen versammelten sich am 11. Januar im Chicagoer Gewerkschaftsbüro der LKW-Fahrer, dem *Teamsters Local 705*. Sie berieten über die Antwort der ArbeiterInnenbewegung auf die unmittelbare drohende Gefahr eines Krieges gegen den Irak. Als Ergebnis wurde eine neue Organisation gegründet, die *United States Labour Against War (US-LAW - US-amerikanische ArbeiterInnen gegen den Krieg)*. Sie will der verbreiteten Antikriegsstimmung unter den AktivistInnen der Gewerkschaftsbewegung Ausdruck verleihen. Kurz zuvor hatte auf einer mit 400 *Teamsters* gut besuchten Mitgliederversammlung des Chicagoer Ortsverbands eine überwältigende Mehrheit eine Resolution gegen den Krieg verabschiedet.

UNO UND USA

Nach den Einleitungsreferaten von David Cortright vom Fourth Freedom Forum und Bill Fletcher, früher Sekretär des Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO, John Sweeny, führten die Delegierten eine lebhaftige Debatte über eine prinzipielle Resolution gegen den Krieg. Der strittigste Punkt war die Rolle der UN. Einige TeilnehmerInnen brandmarkten die UN als ein Instrument der USA. Andere wollten die UN auffordern, den Krieg gegen den Irak zu verhindern. Am Ende der Diskussion entschlossen sich die Delegierten, keine Aussagen zur UN zu machen.

Auf dieser Versammlung wurde auch diskutiert, wie die Haltung gegen den Krieg

in der übrigen Gewerkschaftsbewegung verbreitet werden könne. Erstes Ziel ist es, in den kommenden Wochen möglichst viele gewerkschaftlichen Gremien zu entsprechenden Anträgen zu bewegen und US-LAW finanziell zu unterstützen. Es wurde ein "Fortsetzungskomitee" gebildet, das sich aus VertreterInnen der stärksten Gewerkschaftsdelegationen zusammensetzt. Es soll die Arbeit von USLAW organisieren. In Kansas City wurde eine ähnliche Versammlung wie in Chicago abgehalten.

Übersetzung: D. B.

Nach *rouge*, Wochenzeitung der LCR, französische Sektion der IV. Internationale.

DIE RESOLUTION:

WIR GRÜNDEN US LABOR AGAINST THE WAR

In Erwägung, dass sich über hundert GewerkschafterInnen von verschiedenen Gewerkschaften, Gewerkschaftsdachverbänden und anderen ArbeiterInnenorganisationen, die insgesamt mehr als 2 Millionen Mitglieder vertreten, sich in Chicago zu einer noch nie da gewesenen Versammlung dieser Art getroffen haben, um über die von der Bush-Regierung drohende Kriegsgefahr zu diskutieren;

In Erwägung, dass Gewerkschaftsführer und -mitglieder und die Pflicht haben, alle KollegInnen über die Angelegenheiten zu informieren, die ihr Leben, ihre Arbeit und ihre Familien betreffen und dass sie die Pflicht haben, sich in der nationalen Debatte über diese Angelegenheiten vernehmbar zu Wort zu melden;

In Erwägung, dass die Opfer einer militärischen Intervention im Irak im wesentlichen die Söhne und Töchter aus ArbeiterInnenfamilien sein werden, die in der Armee dienen, ebenso wie unschuldige irakische ZivilistInnen, die schon so viel ertragen mussten;

In Erwägung, dass wir mit den einfachen ArbeiterInnen wie auch mit den Kindern im Irak keinen Streit haben, genauso wenig wie mit denen jedes anderen Landes;

In Erwägung, dass Milliarden Dollar für diesen Krieg aufgebracht werden, die dann unseren Schulen, Krankenhäusern, dem Wohnungsbau und dem Sozialen Sicherungssystem fehlen werden;

In Erwägung, dass der Krieg einen Vorwand liefern wird, hier im Lande die Arbeitsgesetzgebung, die Einwanderungsbestimmungen und Bürgerrechte zu beschneiden;

In Erwägung, dass Bushs Kriegspolitik als Ablenkung von der schlechten Wirtschaftslage, der Korruption in den Konzernen und den Massenentlassungen dienen wird;

In Erwägung, dass eine solche Militäraktion nach Einschätzung vieler Beobachter die Wahrscheinlichkeit terroristischer Gegenschläge erhöhen wird;

In Erwägung, dass es keine überzeugende Verbindung zwischen dem Irak und

Al Qaida oder den Anschlägen vom 11. September gibt, und dass weder die Bush-Regierung noch die UN-Inspektoren glaubhaft dargelegt haben, dass der Irak eine wirkliche Bedrohung für die AmerikanerInnen darstellt;

In Erwägung, dass ein US-Angriff auf den Irak eine friedliche Lösung von Streitfällen zwischen Staaten in Frage stellt und die Sicherheit der ganzen Welt bedroht, einschließlich der AmerikanerInnen;

In Erwägung, dass die ArbeiterInnenbewegung eine historische Rolle im Kampf für Gerechtigkeit gespielt hat,

bilden wir hiermit die Vereinigung *US Labor Against the War (USLAW)* und beschließen, dass USLAW sich hartnäckig gegen Bushs Kriegspolitik wenden wird und beschließen weiterhin, dass *US Labor Against the War* diese Erklärung veröffentlicht wird und Antikriegsaktivitäten in den Gewerkschaften, den ArbeiterInnenorganisationen und den sozialen Bewegungen fördern wird.

Angenommen am 11. Januar 2003 in Chicago, Illinois.

Kontakt: Kabob240@aol.com sowie G8751@erols.com

Katastrophe im Weltraum

Mit dem Absturz des US-Spaceshuttle "Columbia" am 1. Februar rückten Weltraumflüge wieder in das Bewusstsein zahlreicher Menschen. An nicht vielen Beispielen wird der Spagat zwischen Profiten für wenige auf der einen Seite und Sicherheit für Menschenleben auf der anderen so deutlich, wie beim Versuch des Kapitals, das Weltall wirtschaftlich auszubeuten.

Genau darum geht es bei Weltraumflügen. Die MachthaberInnen in Staat und Wirtschaft und deren Medien sind immer bemüht, diese Art des Reisens als Anliegen der gesamten Menschheit darzustellen. Doch wie in jedem anderen Wirtschaftszweig auch, geht es um knallharte Kalkulationen für einen möglichst wachsenden Profit. Dabei sind *Spaceshuttle* und *Internationale Raumstation (ISS)* nichts anderes als Labore, die günstige Umweltbedingungen besitzen. Wie die Wissenschaft im Kapitalismus, stehen auch diese Projekte im Dienste von Profit und Kapital.

Um Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen, müssen den Menschen in den Industrienationen Ergebnisse präsentiert werden, die besonders geeignet sind als Nutzen für alle dargestellt zu werden. In dieser Liste finden sich z.B. spezielle Techniken zur Messung des Augen-Innen-drucks oder zur Stimulierung erschlafte Muskeln. Aber sie sind nur Abfallprodukte der Raumfahrt, die uns recycelt als herausragende Ergebnisse angeboten werden. Neben der Forschung zum Wohle des Portemonnaies der Superreichen ist ganz besonders das lukrative Aussetzen von Satelliten zu nennen, die dann irgendwann zu Weltraumschrott werden.

LEICHEN IM KELLER

Die KapitalistInnen gehen für ihre Profite über Leichen. Ein Fakt der für RevolutionärInnen nicht neu ist, doch in der Öffentlichkeit ausgeblendet wird. Dabei ist der Tod von Menschen durch vermeidbare Unglücke noch nicht einmal das Schlimmste, was passieren kann. Langzeitfolgen für die Atmosphäre durch die High-Tech-Dreckschleudern sind ebenso im Preis inbegriffen wie herumfliegender Weltraumschrott. Dieser bedroht paradoxer Weise in sehr großem und immer steigendem Maße die Raumfahrt selbst.

Hier zeigt sich einmal mehr die Unfähigkeit des Kapitalismus zur Planung. In Zeiten der Blockkonfrontation wurde auf beiden Seiten am allerwenigsten auf die Umwelt geachtet. Beide wollten als moralisch-ideologischer Sieger aus dem Rennen ums All hervorgehen. Einmal Billionen Dollar

in die Entwicklung gesteckt, ist das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem aufgrund von Kapitalmangel unfähig, umweltfreundliche Lösungen zu schaffen. Als Strafe erhöht sich das Risiko von selbstgeschaffenen Kollisionsgegenständen durch in der Atmosphäre verglühenden Raketstufen d.h. Chemiebomben.

KAPITALMANGEL

Dieser Mangel an genügend Kapital spielt eine entscheidende Rolle. Kein Unternehmen besitzt genügend Ressourcen die *Spaceshuttles* auf eigene Rechnung in den Orbit zu schießen. Noch mehr gilt das für Raumstationen. Dafür muss menschlich in Weltraumbehörden zusammenschließen, die möglichst billig arbeiten sollen – auf Kosten der Menschen und der Umwelt. Es gibt Bemühungen, solche Unternehmen auf wenige Schultern zu lasten. Die europäischen Ariane-Raketen sind ein solcher durchaus erfolgreicher Versuch, im Geschäft mit dem Transport von Satelliten Fuß zu fassen – in Konkurrenz zu den USA. Doch auch hier gab es in letzter Zeit durch die Abstürze der neuentwickelten *Ariane 5* Rückschläge, die gleich mit ein paar hundert Millionen Euro zu Buche schlugen. Ganz zu schweigen von dem Kerosin, das sich wie ein Teppich über den Boden ausbreitete.

Nicht erst jetzt zeigt sich, wie gefährlich die Verbindung von Profitinteressen und Raumfahrt ist. Bei dem Challenger-Absturz 1986 war es diese im wahrsten Sinne explosive Mischung, die Menschenleben opferte. Damals drängte die NASA die Firma MIT einige ihrer Ingenieure zu entlassen, weil diese nachdrücklich davor gewarnt hatten, mit dem *Spaceshuttle* bei Minusgraden zu starten. Die Warnungen der Ingenieure wurden Realität. Bedingt durch die niedrige Temperatur haben Dichtungsringe an der Raketenstufe des Gefährts nicht ordnungsgemäß funktioniert und führten zur Explosion der *Challenger*. Der folgende Untersuchungsbericht bescheinigte der NASA "Skrupellosigkeit".

GRENZBEREICHE

Weltraumflüge bewegen sich an der

Grenze des für den Kapitalismus bisher technisch Machbaren. In solchen Grenzbereichen machen sich Fehler stets besonders deutlich bemerkbar. Hier zeigt sich, dass sich das Profitinteresse mit den hohen Anforderungen der Astronautik überhaupt nicht verträglich. Vielmehr wird das Streben nach Gewinn immer mehr zum Hemmschuh für die gesamte Wissenschaft und Wirtschaft.

WissenschaftlerInnen bestätigten, dass wir schon längst auf dem Mars gelandet sein könnten. Die technischen Voraussetzungen sind gegeben. Es mangelt nur an der fehlenden Finanzierung. Früher oder später lässt sie sich aber verwirklichen und dann wird die imperialistische Jagd auf Ressourcen auf einem anderen Planeten im Weltall fortgesetzt. Ein kleiner Vorgesmack darauf ist die Ankündigung, an Sonden zu forschen, die auf Kometen nach seltenen Rohstoffen bohren sollen.

Bei der Lösung all dieser Probleme setzt Russland seine eigenen Maßstäbe. Dort werden neuerdings KapitalistInnen ins All geschossen. Und da gehören sie auch hin.

Tom Bogen

Deutschland gibt Gas

Die deutsch-französische Offensive gegen die Irakpolitik der USA wurde bereits vor zweieinhalb Jahren bei einem Treffen von Kapital- und Regierungsvertretern geplant. Mit am Tisch: der berichtigte deutsche Chemiewaffenexporteur.

dustrie. Sie errichteten die Produktionsanlagen von Samarra und Fallujah, gigantische, größtenteils unterirdisch angelegte Komplexe, die sich über dutzende Quadratkilometer erstreckten.

INDUSTRIE VERMISST DIALOG

Führend in diesem Geschäft war die Firma Karl Kolb/Pilot Plant, deren Geschäftsführer Dieter Backfisch 1989 erklärte: "Für die Leute in Deutschland ist Giftgas eine ganz furchtbare Sache, Kunden im Ausland stört das nicht." Eine gutwillige Justiz glaubte ihm und allen anderen Beteiligten dennoch, dass sie von der Giftgasproduktion nichts gewusst hätten und verurteilte sie allenfalls wegen Ordnungswidrigkeiten.

Selbstverständlich nahm auch ein Kolb-Vertreter an der Versammlung teil. Michael Fraenzel, der den Aufbau der Chemiewaffenproduktion in Samarra persönlich überwachte, arbeitete schließlich bereits in den achtziger Jahren mit Wartenberg zusammen, der damals als Staatssekretär dafür sorgte, dass deutschen Exporteuren keine bürokratischen Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Dass den Händlern des Todes nach dem zweiten Golfkrieg etwas größere Beschränkungen auferlegt wurden und das lukrative Irakgeschäft zeitweilig unterbrochen war, hat das deutsche Kapital nie akzeptiert. Die Skandale um deutsche Giftgasexporte zwangen die Bundesregierung aber lange zu diplomatischer Zurückhaltung. Zu lange, wie der BDI meint. Es bestehe "dringender Handlungsbedarf", hatte Wartenberg bereits im Vorfeld seinen "BM Fischer" per Brief ermahnt. Dieser freundlichen Wink wurde nun von den versammelten Kapitalvertretern wiederholt. "Die deutsche Wirtschaft sei der Auffassung, dass die Zeit für eine Aufnahme des politischen Dialogs mit Irak sowie zur Formulierung und Durchsetzung nationaler Interessen sowohl in Irak als auch in den VN (Vereinten Nationen) reif sei."

SADDAM VERMISST INITIATIVE

Geschäfte mit Saddam Hussein sind aber ohne politische Gegenleistung nicht zu haben. MdB Moosbauer erläuterte, "dass Irak zwar deutsche Produkte wolle,

aber auch erste Schritte zur Reduzierung des Embargos erwarte. Irak kritisiere, dass Deutschland zu sehr an den USA hänge und keine eigene Initiative zeige". Moosbauer sah keine Probleme durch eventuelle parlamentarische Opposition: "Es herrsche Einigkeit unter allen Fraktionen des Deutschen Bundestages, dass die Wirtschafts-sanktionen fallen müssen."

Und er wusste auch schon, wer der geeignete Bündnispartner für eine "eigene Initiative" ist: "Die französische EU-Ratspräsidentschaft sollte sich um eine eigene europäische Irakpolitik bemühen, dies wolle er im Auswärtigen Ausschuss anregen (...) BM Fischer sei der französischen Haltung gegenüber aufgeschlossen". Nur als bewusste Gefälligkeit gegenüber den Giftgasdealern kann seine Aussage verstanden werden, es "müsse eine neue Definition für Dual-Use-Güter gefunden werden". Eben solche Waren, die für zivile wie militärische Zwecke benutzt werden können, verkauften Kolb&Co an den Irak.

Selbstverständlich vergaßen die Kapitalvertreter nicht, finanzielle Unterstützung und staatliche Hermes-Bürgschaften für ihre Irak-Geschäfte zu fordern. Ihren Politikern legten sie nahe, dass es "bedeutsam wäre, wenn die deutsche Industrie ihre Vorstellungen in die politischen Leitlinien des Bundestages einfließen lassen könnten. MDG von Stechow (Auswärtiges Amt) versicherte, dass die Wünsche der deutschen Wirtschaft sehr sorgfältig aufgenommen würden". Zum Bundestagswahlkampf 2002 konnte dann Vollzug gemeldet werden.

Harry Tuttle

* Alle Zitate mit Ausnahme der Aussage Backfischs stammen aus dem BDI-Rundschreiben Nr. IM 102/200

Ludolf von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie), rief, und alle kamen. DaimlerChrysler, die Dresdner Bank, Thyssen, Veba und Eon waren vertreten, und wo soviel wirtschaftliche Macht versammelt ist, darf ein Repräsentant des Auswärtigen Amtes nicht fehlen. Die SPD schickte ihren Abgeordneten Christoph Moosbauer vorbei.

Die illustre Runde, die sich am 29. Juni 2000 im Berliner Hotel Radisson SAS traf, wollte eine vorausgegangenen BDI-Delegationsreise in den Irak auswerten. Die Irakis, so konstatierte Wartenberg gleich zu Beginn, hätten bei dieser Gelegenheit "fast romantische Anhänglichkeit gegenüber Deutschland" gezeigt. Besonders erfreulich, so ergänzte Claude Robert Ellner, deutscher Geschäftsträger in Bagdad, sei, dass "Präsident Saddam persönlich den Besuch der BDI-Delegation goutiert hätte"*.

Der Romantiker Saddam Hussein hatte gute Gründe, seinen deutschen Freunden "eine Vielzahl von Gesten der Sympathiebekundung" zuteil werden zu lassen. Ihnen verdankte er nicht nur die Lieferung von über 4000 Luftabwehr- und weit mehr als 20.000 Panzerabwehrraketen aus deutsch-französischer Koproduktion soviel zahlreicher anderer Rüstungsgüter. Deutsche Firmen waren auch führend beim Aufbau der irakischen Chemiewaffenin-

Kontrolle ist besser

Die Besetzung des Irak soll den USA erlauben, auch in Zukunft den Ölpreis in ihrem Interesse zu regulieren

“Die Ölfelder sind Eigentum des irakischen Volkes”, versichert US-Außenminister Colin Powell treuherzig. So recht mag ihm aber kaum jemand glauben, dass die mächtigste Armee der Welt das Land mit den weltweit zweitgrößten Ölvorräten besetzen will, ohne einen Gedanken an dessen Bodenschätze zu verschwenden.

Um einen schlichten Raubkrieg handelt es sich jedoch nicht. Es geht nicht um die Verteilung einzelner Quellen an bestimmte Konzerne, ein solcher Krieg wäre nicht rentabel. Entscheidend ist die politische Hegemonie über die Golfregion, in der etwa drei Fünftel der weltweit nachgewiesenen Ölvorräte liegen. Diese Hegemonie erlaubt die Kontrolle des Ölpreises und vermittelt privilegierte Geschäftsbeziehungen zu den Förderstaaten. Denn auch im Zeitalter des sogenannten Freihandels soll der Preis des wichtigsten Rohstoffs nicht den im Kapitalismus üblichen Unsicherheiten unterliegen.

Zweifellos würden sich die meisten Konzerne über einen sinkenden Ölpreis zunächst freuen. Bedeutsamer als dieser kurzfristige Vorteil ist jedoch die Versorgungssicherheit und die Stabilität der Förderstaaten. Für eben solche Fälle, in denen das kurzfristige Profitinteresse die langfristige wirtschaftliche Stabilität gefährdet, hält sich das Kapital einen Staat, dessen politische und militärische Interventionen seine Reproduktionsbedingungen sichert. Ein Geschäft, das die USA und Großbritannien bislang recht erfolgreich erledigt haben.

DER PETRO-MILITÄRISCHE KOMPLEX

In den siebziger Jahren galt die OPEC, die Organisation Erdölexportierender Staaten, als ernsthafte Gefahr für den Westen. Zwar blockierten dessen Verbündete eine massive Preiserhöhung, ein solcher Schritt wäre damals aber immerhin möglich gewesen. Um diese unhaltbare Situation zu beenden, nutzte man die Gelegenheit, die der erste Golfkrieg bot. Nach dem irakischen Überfall auf den Iran im September 1980 unterstützte der Westen Saddam Hussein, ohne ihm jedoch zum Sieg zu verhelfen. Denn mit einem langen Krieg, der beide Staaten zwang, ihr Öl auch weit unter dem Marktpreis zu verkaufen, war den westli-

chen Interessen weit besser gedient.

Als der Krieg 1988 beendet wurde, war die Macht der OPEC gebrochen, in ihrem geschwächten Zustand aber konnte sie durchaus von Nutzen sein. Mit Hilfe der Golfmonarchien, die eng mit den USA und Großbritannien verbündet sind und dort auch einen Großteil ihrer Öleinnahmen angelegt haben, konnte über die OPEC der Ölpreis kanalisiert werden. Durch den zweiten Golfkrieg verfestigte sich dieses System, Saudi-Arabien, das seine Fördermenge von fünf auf acht Millionen Barrel pro Tag erhöht hatte, um den zeitweiligen Ausfall des Irak zu kompensieren, wurde nach dem Zerfall der Sowjetunion zum größten Ölproduzenten der Welt.

Damit alle Beteiligten auf ihre Kosten kommen, einigte man sich auf einen Richtpreis (derzeit 25 Dollar/Barrel), der nicht um mehr als drei Dollar über- oder unterschritten werden soll. Da Kriege und Streiks die Fördermenge schnell drastisch herabsetzen, die Geldnot eines Förderlandes sie aber auch drastisch erhöhen kann, bedarf dieses System eines “swing producers”, der solche Schwankungen ausgleicht.

SWING PRODUCER GESUCHT

Um diese Rolle spielen zu können, muss ein Staat die Kapazität haben, seine Fördermenge schnell zu steigern, und er muss politisch zuverlässig sein. Abhängig vom militärischen Schutz der USA und regiert von einer absolutistischen Monarchie, die jede Opposition unterdrückt, schien Sau-

di-Arabien zunächst der ideale swing producer zu sein. Nach dem 11. September kamen in der US-Regierung allerdings Zweifel auf, ob das fundamentalistische Königshaus der Saudis wirklich eine so gute Besetzung für eine so wichtige Schaltstelle der Weltwirtschaft ist. Denn 15 der 19 Attentäter kamen aus Saudi-Arabien. Al-Qaida wurde nach bisherigen Erkenntnissen überwiegend aus Saudi-Arabien finanziert und hat dort Verbindungen bis ins Königshaus.

Mit dem Irak steht ein Nachbarland bereit, das die US-Regierung zum alternativen “swing producer” aufbauen will. Die irakischen Produktionskapazitäten können in kurzer Zeit von derzeit etwa 2,5 auf über vier Millionen Barrel erhöht werden. Allerdings hat der von den USA geführte petromilitärische Komplex nicht nur westliche Konkurrenten verärgert, die ihren Ausschluss von wichtigen Entscheidungen und Geschäften nicht hinnehmen wollen und auch nach einem Krieg versuchen werden, die US-Pläne zu torpedieren. Hier liegt auch ein Bruchpunkt mit der irakischen Bevölkerung und Opposition. Auch jene Fraktionen, die bereit sind, mit den USA zu kooperieren, haben gegen die Pläne einer längeren US-Militärverwaltung protestiert und werden sich auch ihre Ölpolitik nicht von Washington diktieren lassen wollen.

Harry Tuttle

BETEILIGUNG AN DEN ANTIKRIEGSPROTESTEN IM NAHEN OSTEN

Ägypten: In Kairo kam es im Anschluss an eine Demonstration zu schweren Polizeiübergriffen und Verhaftungen. Dreizehn festgenommene Linke wurden auf der Polizeiwache gefoltert.

Bagdad: 1 Mio. DemonstrantInnen. Staatlicherseits organisiert.

Gaza: 15.000

Israel: 7.000 Menschen demonstrierten in Tel Aviv gegen den drohenden Krieg und für den Rückzug aus den besetzten Gebieten.

Libanon: An einer Demonstration in der Hauptstadt Beirut nahmen 100.000 Per-

sonen teil. Aufgerufen hatten u.a. Gewerkschaften und Frauenverbände.

Syrien: An staatlicherseits orientierten Kundgebungen nahmen in Damaskus einige hunderttausend Menschen teil. Diese müssen aber eher als staatliche Propagandaveranstaltungen denn als Ausdruck einer Antikriegsbewegung bewertet werden.

Türkei: 5.000 nahmen in Istanbul an einer Demonstration teil, welche von der Linken und Friedensgruppen getragen wurde und wiesen dabei auf die widersprüchliche Friedenspolitik der Regierung hin.

Venezuela:

Ein Generalstreik, der keiner war und eine Revolution, die eine werden könnte

Nach dem Ende des "Generalstreiks" der Opposition, welcher zum Sturz der Regierung führen sollte, stehen der linksnationalistische Präsident Hugo Chavez und seine Regierung, die Linke und die sozialen Bewegungen in Venezuela gestärkt da. Die sich auf die alten Eliten stützenden Kräfte scheinen gespalten zu sein.

Die rechten Kräfte der *Demokratischen Koordination* bestehen aus den beiden bürgerlichen Parteien AD und COPEI, welche bis 1993 abonnementsmäßig die Regierung stellten, dem Unternehmerverband FEDECAMERAS, der Bürokratie der Gewerkschaft CTV und einigen Exlinken wie der stalinistischen *Bandera Roja*. Sie hatten, gestützt auf Teile des Militärs, schon im April 2002 erfolglos versucht, Chavez zu stürzen. Im Herbst wurde nun, diesmal mit zivileren Methoden der nächste Anlauf versucht – auch um den USA für Beginn 2003 im Falle eines Krieges in Nahost den ungestörten Zugriff auf venezolanisches Erdöl zu ermöglichen. Diesmal sollte ein Generalstreik für die Bourgeoisie die Kohlen aus dem Feuer holen.

AUSSTAND BESONDERER ART

Der Generalstreik legte längst nicht so verallgemeinert das Land still, wie in den europäischen Mainstream-Medien berichtet wurde. Allerdings handelte es sich bei ihm um einen Ausstand besonderer Art. Als einzig bedeutender Teil der ArbeiterInnenklasse beteiligte sich eine Schicht der in der Erdölindustrie, dem wichtigsten Sektor der Wirtschaft des Landes, beschäftigten ArbeiterInnen am Streik. Dabei handelt es sich um eine privilegierte Arbeiter-

Innenaristokratie, aus welcher sich auch die Führung der CTV rekrutiert. Diese trat auch für die Privatisierung des staatlichen Ölkonzernes PDVSA ein, da sie selber davon zu profitieren hoffte.

Sonst handelte es sich im Allgemeinen entweder um Arbeitsniederlegungen von Besitzenden oder um die Aussperrung von ArbeiterInnen, welche nie gefragt wurden, ob sie überhaupt die Regierung stürzen wollten. Bei gleichzeitig stattfindenden Hungermärschen der Opposition fiel auf, dass die TeilnehmerInnen wohlgenährt und gut gekleidet aussahen und Edelstahl-Kochtöpfe schwenkten. Ziel dieses Streiks war es, die venezolanische Wirtschaft und das öffentliche Leben so weit zu paralysieren, um einen "Putsch" der (nach dem April 2002 geschwächten) "Antichavistas" im Militär oder gar eine Intervention von Außen zur Beendigung des selbst angerichteten Chaos zu provozieren. Diese Interventionsplanung wurde unter anderem durch eine zivile Mission unter der "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) unter dem ehemaligen kolumbianischen Präsidenten Gaviria begleitet.

BETRIEBSBESETZUNGEN UND ARBEITERINNENKONTROLLE

Vor allem in Teilen der Erdöl- und

Nahrungsmittelindustrie nahmen die ArbeiterInnen, zuweilen von Einheiten der auf der Seite von Chavez stehenden Nationalgarde unterstützt, die Produktion in die eigene Hand. In zwei Erdölraffinerien kann regelrecht von ArbeiterInnenkontrolle gesprochen werden. Gleichzeitig häufen sich auch Proteste in anderen Betrieben gegen Management und Besitzende. Die Führung der CTV ist vollständig diskreditiert, die linken Gewerkschaften CUTV und FBT haben verstärkten Zulauf. Auch die Forderungen, die größtenteils auf der Seite der Rechten stehenden Medien zu enteignen, werden verstärkt gestellt.

Der Exoffizier Chavez und seine Regierung stützen sich auf eine heterogene Koalition von Kräften, welche von einzelnen bürgerlichen PolitikerInnen, kleinbürgerlich-populistischer Gruppen, der "Bewegung V. Republik" (MVR) von Chavez selbst, bis in weite Teile der Linken und der sozialen Bewegungen und Verbände wie der KP Venezuela oder der linkssozialistischen MAS reicht. Auch der Regierung kritisch gegenüber stehende Kräfte auf der Linken, so auch die sich in der trotzkistischen Tradition verortenden Gruppen, standen und stehen in den konkreten Auseinandersetzungen fast geschlossen gegen die Rechte und somit mittelbar auf der Seite der vom Präsidenten ausgerufenen "bolivarianischen Revolution"¹. Ein Sieg der "Demokratischen Koordination" lässt nicht nur die Rücknahme bisheriger Errungenschaften, sondern auch eine blutige Konterrevolution à la Chile 1973 befürchten.

Die konkrete Politik der Regierung beinhaltet bisher verschiedene Reformprogramme und Maßnahmen, welche von der Mehrheit der Bevölkerung als positiv empfunden werden. Land vor allem aus staatlichem Besitz, welches bisher von GroßgrundbesitzerInnen genutzt wurde, wurde an LandarbeiterInnen und KleinbäuerInnen verteilt. Weitere Privatisierungen wurden verhindert. Eine an reformpädagogi-

schen Maßstäben orientierte Bildungspolitik wurde eingeleitet oder der Status und die Territorien der indigenen Bevölkerung anerkannt. Angestrebt wird eine partizipative Demokratie. Die vor einigen Jahren vorgenommenen Verfassungsänderungen haben in diesem Sinne auch Mitspracherechte der Bevölkerung und plebiszitäre Elemente verstärkt. Frauen, Jugendliche und die Landbevölkerung sollen durch "Empowerment-Programme" befähigt werden, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Sicherlich handelt es sich dabei um für die Betroffenen sinnvolle Schritte. Ein Bruch mit Kapitalismus und bürgerlicher Staatlichkeit ist das allerdings noch lange nicht.

DIE NOTWENDIGKEIT DES BRUCHES

So sprechen Chavez & Co. davon, dass eine Bewaffnung der Massen gegen die Konterrevolution gar nicht notwendig sei, da momentan ja Streitkräfte und Nationalgarde an der Seite des Volkes stünden. Auch gab die Regierung stets Garantien für privates Eigentum an Produktionsmitteln und ausländische Investitionen ab. Dabei besitzt Chavez genügend Flexibilität, um wie auf der Großdemonstration am 23. Januar, die Besetzung und Plünderung einer Coca-Cola-Fabrik, in stark nationalistisch gefärbten Tönen zu loben.

In der Verwaltung und dem Management staatlicher Betriebe sind im Laufe des letzten Jahres diverse ParteigängerInnen der putschistischen Rechten entlassen worden. Der Aufbau alternativer Machtorgane im Sinne von ArbeiterInnendemokratie wird von dem Mainstream der "Chavistas" bisher nicht angestrebt, zumal die Versöhnung mit den gemäßigten Teilen der rechten Opposition angestrebt wird. Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang stellt die Tendenz des zuweilen bonapartistischen Lavierens zwischen verschiedenen Gruppen und Machtblöcken durch die Regierung dar, was allerdings durch die Klärung der Verhältnisse in der

Praxis an Bedeutung verloren hat. Ob der von oben angestoßene Prozess der Gründung von Basisstrukturen, den sogenannten *Circulos Bolivarianos*, Abhilfe schafft, ist sehr fraglich.

Seit dem Putsch vom April 2002 verstärken sich allerdings unter den "Chavistas" die Tendenzen, welche ein entschiedenes Vorantreiben der "bolivarianischen Revolution" fordern und zum Teil auch in die Praxis umzusetzen versuchen. Die Betriebsbesetzungen und der selbsttätige Widerstand von Teilen der Massenbewegung gegen den Putsch 2002 und die Rechten zeigen, dass langsame Reformschritte und eine vorsichtige Politik gegenüber bürgerlichen Institutionen und der Opposition als ungenügend und im Falle des Setzens auf das revolutionäre Militär als gefährlich empfunden werden. Denn sowohl für die Abwehr der Konterrevolution wie die weitere Durchsetzung von Verbesserungen im Sinne der Bevölkerungsmehrheit der Lohnabhängigen werden revolutionäre Einschnitte nötig werden.

Die revolutionäre Linke in Venezuela ist allerdings ungeheuer zersplittert und sich vor allem in der Ablehnung dessen, was sie nicht will, einig. Eine starke handlungsfähige revolutionäre Partei, welche in der Lage wäre, diesen Prozess weiter zu treiben, ist momentan nicht in Sicht. Auf jeden Fall haben sich die Ausgangsbedingungen für den Kampf nach dem Sieg über den "Streik" der Opposition und nach den Wahlsiegen der Linken in Brasilien und Ecuador verbessert. Es wird der inneren und äußeren Konterrevolution nun schwerer fallen, Venezuela zu isolieren.

joe hill

1 Nach Simon Bolivar, dem großen bürgerlichen Freiheitshelden Lateinamerikas zu Beginn des 19. Jahrhunderts

BETEILIGUNG AN DEN ANTIKRIEGS-PROTESTEN

LATEINAMERIKA

Buenos Aires: 15.000

Mexico City: 50.000

Montevideo: 50.000

Rio de Janeiro: 15.000

Sao Paulo: 30.000

KANADA/USA:

Edmonton, Kanada: 10.000

Montreal: 150.000

Toronto: 50.000

Vancouver: 30.000

Minneapolis: 10.000

Sacramento, USA: 10.000

San Diego, USA: 10.000

Seattle: 55.000

250.000 demonstrierten in **New York**, jeweils Zehntausende in San Francisco, Chicago, Philadelphia, Detroit und San Francisco. An weiteren Orten fanden kleinere Demos statt. In New York wurde eine Kundgebung vor dem UNO-Gebäude verboten. Auch sollte die Manifestation von der Polizei ursprünglich auf eine stationäre Kundgebung beschränkt werden. Die jeweiligen Bündnisse reichten von der radikalen Linken bis zu einigen Abgeordneten der Demokratien.

AFRIKA:

Johannesburg: 10.000

FERNER OSTEN:

Kalkutta: 10.000

Pattani, Thailand: 10.000

Seoul: 10.000

Tokyo: 25.000

OZEANIEN:

Auckland: 10.000

Brisbane, Australien: 100.000

Canberra: 10.000

Hobart, Australien: 10.000

Newcastle, Australien: 20.000

Perth, Australien: 20.000

Sydney: 200.000

15. WELTKONGRESS DER IV. INTERNATIONALE

Aufbruch zu neuen Ufern?

Die zeitliche Nähe zwischen den bisher größten Massenprotesten gegen den Krieg am 15. Februar und dem Ende des 15. Weltkongresses der IV. Internationale war natürlich reiner Zufall. Oder doch nicht?

Immerhin haben die Organisationen der IV. Internationale zur Stärkung und weltweiten Koordination der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung ihren Teil dazu beigetragen. Weltsozialforum und Europäisches Sozialforum sind nicht vom Himmel gefallen. Von Florenz 2002 ging die Initiative zum Aktionstag am 15. Februar aus. So konnte die älteste und doch jung gebliebene internationale Gruppierung der revolutionären ArbeiterInnenbewegung auch nach mehr als 62 Jahren ihre Nützlichkeit unter Beweis stellen.

NEUE GENERATION

Delegierte und Gäste aus allen fünf Kontinenten der Erde wohnten dem sechs Tage dauernden Kongress bei. Neben Sektionen oder sympathisierenden Gruppen der Internationale waren Parteien außerhalb ihrer Reihen vertreten - Rifondazione Comunista (Italien), Scottish Socialist Party, Socialist Workers Party (England), Lutte Ouvrière (Frankreich), um nur einige zu nennen.

In seiner Eröffnungsrede erinnerte Livio Maitan als Vertreter der internationalen Leitung an unsere seit dem letzten Weltkongreß 1995 verstorbenen GenossInnen. Stellvertretend für viele andere nannte er Charlie van Gelderen - südafrikanischer Teilnehmer des Gründungskongresses

1938 -, Zheng Chaolin, Wang Fanxi und nicht zuletzt Ernest Mandel, der wie kein zweiter nach 1945 die "Vierte" geprägt hat. Maitan wies darauf hin, dass auf diesem Kongreß die vierte Generation jetzt spürbar vertreten ist - nach der GründerInnen-, der Nachkriegs- und der Generation der "68er". Sie haben die Chance, eine neue, stärkere revolutionäre internationale Bewegung aufzubauen.

NEUE WELTLAGE

Als erstes und zentrales inhaltliches Thema behandelte der Kongress die "Weltlage". In seiner ausführlichen Einleitung zu den Thesen der internationalen Leitung betonte Francois Sabbado, es sei eine Veränderung der politischen Konjunktur zu registrieren. Es sei offensichtlich, dass

die herrschende Klasse auch nach dem Zusammenbruch des Stalinismus keine neue stabile Weltordnung errichten könne und der drohende Irakkrieg eine weitere Destabilisierung zur Folge haben werde. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche innerhalb des Systems und zwischen den großen kapitalistischen Blöcken verschärfen sich. Zwar werde die neoliberale Offensive weltweit fortgesetzt und befinde sich die ArbeiterInnenklasse nach wie vor in der Defensive, aber der Widerstand habe an Breite und Radikalität gewonnen.

Sabbado skizzierte eine neue historische Phase der ArbeiterInnenbewegung, die an der Schwelle vom 20. zum 21. Jahrhundert Gestalt angenommen habe - vor allem durch die Niederlage des Stalinismus und durch die neoliberale Transformation der Sozialdemokratie. Für die revolutionäre Linke ergebe sich hieraus ein neuer politischer Spielraum und eine neue Perspektive des Aufbaus als glaubwürdiger Kraft des Widerstands. Sie muss, so Sabbado, für die Unabhängigkeit der politischen Aktion von bürgerlichen Kräften, die Selbstorganisation, die Einheit der Aktion und den Bruch mit der kapitalistischen Logik stehen, und sie muß gegenüber dem antidemokratischen Neoliberalismus nicht nur Demokratie auf allen Ebenen einfordern, sondern auch den Vorrang der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse.

In der anschließenden Diskussion - alle Beiträge wurden aus den und in die drei Konferenzsprachen Englisch, Französisch und Spanisch simultan übersetzt - spielte die Einschätzung der Antikriegsbewegung eine Schlüsselrolle.

Ein wichtiger inhaltlicher Unterpunkt der Debatte zur Weltlage war die Bilanz der stalinistischen beziehungsweise maoistischen Experimente. Das Ausmaß der Restauration des Kapitalismus in Russland und in China war Gegenstand einer kontroversen Diskussion.

NEUE PROBLEME

Von besonderer aktueller und gleichzeitig grundsätzlicher Bedeutung war die Debatte über Brasilien am zweiten Tag des

Kongresses. Nach dem Wahlsieg der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) und ihres Präsidentschaftskandidaten Lula ist eine widersprüchliche und problematische Situation für die ArbeiterInnenbewegung im allgemeinen und die revolutionäre Linke im besonderen entstanden. Der Aufbau der PT als unabhängiger ArbeiterInnenpartei ist nicht zuletzt ein Resultat der Anstrengungen der brasilianischen Sektion der IV. Internationale (DS) seit 20 Jahren. Die DS führt den linken Flügel der PT.

Durch die Bildung der Regierung Lula Ende 2002 unter Einbeziehung bürgerlicher Parteien und die Ernennung unseres Genossen Miguel Rossetto zum Minister für Agrarreform drohen der PT und der DS eine Zerreißprobe und der brasilianischen Linken eine schwere Niederlage. Es ist unmöglich, wie ein brasilianischer Genosse sagte, eine an den sozialen Interessen der Massen in Stadt und Land orientierte Politik auf der Grundlage neoliberal-kapitalistischer Rahmenbedingungen durchzuführen. Die "zwei Seelen in der Brust" der Lula-Regierung - für die symbolisch die Konferenzen in Porto Alegre und Davos stehen - seien nicht miteinander vereinbar. Eine große Beunruhigung über diese Entwicklung brachten - wenn auch in unterschiedlicher Deutlichkeit - fast alle DiskussionsrednerInnen zum Ausdruck.

"NEUE ORIENTIERUNG"

Der dritte Kongresstag stand ganz im Zeichen der Aussprache über "Rolle und Aufgaben der IV. Internationale". Francois Vercammen bezeichnete in seiner Einleitung zur Diskussion den 15. Weltkongress als einen "Kongress der Neuorientierung der IV. Internationale". Angesichts des sich verschärfenden Widerspruchs zwischen dem vorläufigen Ende des Rückzugs der ArbeiterInnenbewegung und den aggressiver werdenden Angriffen der Herrschenden auf sozialem, politischem und militärischem Terrain seien drei zentrale Aufgaben zu bewältigen: 1. Zum Aufbau der sozialen Bewegung beitragen, 2. anti-kapitalistische Umgruppierungen fördern und 3. die Zusammenarbeit der revolutionären Linken fördern.

In der Aussprache kam Kritik an der Begrenztheit dieser Perspektive zum Ausdruck. Von einigen Ausnahmen abgesehen wurde eine wirkliche Stärkung der Strukturen der "Vierten" und eine wahrnehmbare Belebung ihrer Aktivitäten als internationaler Organisation eingefordert. Einige Stimmen wiesen auf den Handlungsbedarf hin, der sich sowohl bei der Kluft zwischen feministischem Anspruch und organisatorischer Wirklichkeit als auch bei der nach wie vor überwiegenden Europa-zentriertheit der Internationale zeige.

Im Anschluß an die Plenumsdebatte versuchten die Delegierten vor allem am vierten Kongresstag in fünf kontinentalen Arbeitsgruppen, die Debatte und die erforderlichen Schlussfolgerungen zu konkretisieren. Gemeinsamer Nenner: Auch auf kontinentaler Ebene ist eine verbesserte Zusammenarbeit dringend erforderlich.

NEUE DISKUSSIONEN

Von der organisationspolitischen auf die inhaltlich-programmatische Ebene führten die Diskussionen zu den beiden folgenden Themen: der Kampf gegen die Unterdrückung nicht-heterosexueller Lebensweisen und der Kampf für den Erhalt der Umwelt. In der Debatte über die Unterdrückung schwuler, lesbischer und anderer Formen der Sexualität kam zurecht der Hinweis, dass die soziale und sexuelle Befreiung weit über unsere gewöhnlichen programmatischen Fragestellungen hinausgehen und dass gesellschaftliche Vorurteile sich auch in den Reihen der IV. Internationale widerspiegeln würden.

In der Diskussion zum Thema "Ökologie und Sozialismus" stellte Michael Löwy fest, dass die dem Kongress vorliegende Resolution zwar das Resultat einer bereits Anfang der 90er Jahre begonnenen kollektiven Arbeit ist, dass sie aber dennoch eher ein Ausgangspunkt für weitere Debatten denn ein Endpunkt ist.

NEUE STATUTEN

Ab dem fünften Tag war der Kongress nur für Mitglieder der Internationale offen. Die Debatte über neue Statuten, die Berichte von Länderkommissionen (unter anderem zur deutschen Sektion), der Bericht der Nominierungskommission standen auf der Tagesordnung. Am sechsten und letzten Tag konnte der Kongreß erfreulicherweise die Aufnahme einer philippinischen Sektion der Internationale beschließen, bevor die Delegierten über die vorgelegten Resolutionsentwürfe abstimmten.

Alle Texte - allerdings zum Teil in geän-

derter Form - wurden mit sehr großer Mehrheit angenommen. Lediglich bei der Statutendebatte standen alternative Papiere zur Abstimmung. Mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit nahmen die Delegierten neue Statuten an.

NEUE CHANCEN

Die Wahl einer neuen internationale Leitung, die die politische und geographische Vielfalt der Internationale zum Ausdruck bringt, setzte den formalen Schlussspunkt des 15. Weltkongresses. Seine Bedeutung lässt sich vielleicht in folgendem Satz zusammenfassen: Wir können den Kampf für die Stärkung des revolutionären Sozialismus mit neuen Chancen fortsetzen.

Heinrich Neuhaus

EIN SCHMERZLICHER VERLUST

Die Ortsgruppen Wiesbaden und Mainz des RSB trauern mit vielen FreundInnen und Verwandten um

Udo Wegener
1.1.1949 - 14.2.2003

Genosse Udo stand jahrzehntelang politisch und persönlich eng an unsrer Seite. Er war nicht nur gewerkschaftlich aktiv, sondern in allen aktuellen politischen Fragen engagierte er sich. Was uns über viele Jahre so wertvoll war, wir werden es schmerzlich vermissen: seine analytischen Fähigkeiten, sein abgewogenes Urteil, seine Offenheit, vor allem aber seine unvergleichliche persönliche Wärme und sein Engagement. Uns allen ist er ein leuchtendes Beispiel.

Sein Tod ist für uns alle ein großer Verlust, wir haben ihn sehr geliebt. Ihm nachzueifern ist unsere Verpflichtung.

Das 3. Weltsozialforum und die Perspektiven

Mehr als 100 000 Mensch beteiligten sich vom 22.–28. Januar am Treffen der weltweiten sozialen Bewegungen in Porto Alegre. Die offizielle Statistik gibt folgende Zahlen wider: Vertreten waren 156 Länder. 20763 ließen sich als Delegierte von 5717 Organisationen registrieren, der Rest einfach als TeilnehmerInnen.

Natürlich kamen die meisten, ca. 80 Prozent, aus Brasilien selbst. Die zweitgrößte Gruppe kam aus den USA (ca. 1500), was nachdrücklich das Problem des sozialen Gefälles innerhalb der Bewegung aufzeigt. Ca. 1000 ArgentinierInnen stellten die drittgrößte Gruppe. Aus der BRD sollen fast 400 dagewesen sein. Mehr als 4000 MedienvertreterInnen waren aus 51 Ländern angereist. 1286 politische Veranstaltungen und Workshops haben tatsächlich stattgefunden.

Angekündigt waren im offiziellen Programm über 1700 Veranstaltungen, von denen dann viele aus organisatorischen oder unerfindlichen Gründen nicht stattfanden, was im nachhinein auch zu Anschuldigungen gegen das Organisationskomitee besonders aus autonomen und anarchistischen Kreisen führte, sie aus politischen Gründen auf kaltem Wege auszubooten.

UNDURCHSCHAUBARE ORGANISIERUNG

Auch wenn die Verantwortlichen, die Stadtverwaltung und die 650 freiwilligen HelferInnen eine bewundernswerte Leistung vollbracht haben, diese sieben Tage zu organisieren, und allenthalben eine Superstimmung herrschte, zeigte sich doch, dass ein "Event" dieser Größenordnung kaum mehr zu organisieren, geschweige denn als TeilnehmerIn zu durchschauen ist. Fast zwangsläufig nimmt das Gewicht großer oder finanziell starker Organisationen, die eigene Organisationsressourcen ausspielen können, zu. Aus der BRD war das die Ebert-Stiftung, die ein halbes Jahr eine Hauptamtliche in das riesige und moderne Goethe-Institut von Porto Alegre gesetzt hatte, um den Auftritt der aus Deutschland angemeldeten Gruppen mehrsprachig in ein Programmheft zu fassen, für das DGB Bildungswerk Veranstaltungen zu organisieren und abends Empfänge im Institut. Im Programm wurden 39 deutsche Organisationen mit 62 Veranstaltungen aufgeführt. Am häufigsten tauchte die Rosa Luxemburg Stiftung auf.

Doch das DGB Bildungswerk erfüllte

nur eine Alibifunktion, die deutschen Gewerkschaften glänzten durch Abwesenheit. Nur die GEW beteiligte sich mit einer Delegation offiziell an der Bildungsdiskussion. Von hochrangigen Vertretern von Metallgewerkschaften aus Italien, Südafrika, Kanada und Brasilien wurde mehrmals das Desinteresse der IG Metall angemerkt. Eine herausragende Veranstaltung war von der Journalistin Gabi Weber mit der CNM/CUT (Metallarbeitergewerkschaft Brasiliens) organisiert worden. Es ging um die während der Diktatur in Argentinien ermordeten Kollegen von Mercedes. Aus den obengenannten Ländern waren die Vertreter im Exekutivkomitee des *Internationalen Bundes der Metallarbeiter* anwesend und 2 überlebende Gewerkschafter von Mercedes. Es wurde berichtet, wie Zwickel beim letzten Treffen des Exekutivkomitees mit "diktatorischem" Verhalten verhinderte, dass die Abwahl seines Stellvertreters Rodriguez aus Argentinien überhaupt auf die Tagesordnung kam. Dieser war bereits Vorsitzender der dortigen MetallerInnen unter der Diktatur und hat nach Dokumenten beim Verschwindenlassen von Kollegen mitgewirkt. Bei diesem Workshop wurde abgesprochen, dass das Thema bei der nächsten Sitzung gemeinsam und besser vorbereitet wieder eingebracht und hoffentlich durchgesetzt wird. Ein solches Treffen zwischen argentinischen KollegInnen, linken GewerkschafterInnen aus mehreren Kontinenten und führenden FunktionärInnen von verschiedenen Metallgewerkschaften ist im Moment wohl nur auf einem Weltsozialforum möglich.

ANTIIMPERIALISMUS

Der angedrohte Irakkrieg und die Verteidigung der Regierung Chaves in Venezuela gegen Putschversuche und Destabilisierung durchzogen als zentrale Themen das ganze Treffen. Besonders für die LateinamerikanerInnen stand hinter beidem die altbekannte Politik des US-Imperialismus. Auch die kämpferischen Großdemonstrationen waren davon bestimmt. Unter den AktivistInnen aus Argentinien und

Chile spielt die Venezuela-Solidarität eine wichtige Rolle. Als Hugo Chaves überraschend nach Porto Alegre kam, eingeladen nicht vom Organisationskomitee (da laut Satzung keine PolitikerInnen in ihrer Funktion auftreten dürfen) sondern vom örtlichen Solidaritätskomitee, gab es kurzfristige eine Solidemo mit 10000 TeilnehmerInnen (Tausende warteten stundenlang, um ihn kurz zu sehen). In den Justizpalast schafften es nur einige hundert um dort 6 Stunden mit ihm zu diskutieren.

Lulas Rede vor 70000 war emotional kein überschwängliches Ereignis, sondern ging umstandslos in ein Musikfestival bis in den frühen Morgen über. Porto Alegre war auch dieses Jahr ein gigantisches und ermutigendes Ereignis, jedoch werden zunehmend Fragen bezüglich der Größe, der Häufigkeit und den Zielen aufgeworfen. Auch die Diskrepanz zwischen TeilnehmerInnen aus dem reichen Norden und dem ärmeren Rest der Welt muss thematisiert werden. Ganz zu schweigen von der oftmaligen Abschottung der eingeladenen Prominenten in Luxushotels.

Die Organisationsstruktur wird von manchen Gruppen scharf als undemokratisch angegriffen und inzwischen als manipulatives Projekt der IV. Internationale denunziert. Manche scheinen aber auch alles gern als Dienstleistung in Anspruch nehmen zu wollen und hinter jedem Fehler politische Machenschaften zu vermuten. Offiziell ist die Rolle politischer Parteien völlig ausgeblendet und zum Teil verpönt, was dann um so mehr zu Manipulationsvorwürfen führt.

Die kluge und politisch wichtige Entscheidung, das 4. Weltsozialforum in Hyderabad in Indien durchzuführen, wird hier noch mehr Diskussionen aufwerfen, da die dortigen linken Parteien eine wichtige Rolle bei der Umsetzung spielen und bereits ihr Unverständnis für dieses Herangehen zum Ausdruck gebracht haben. Politisch und kulturell wird das Forum nächstes Jahr mit Sicherheit ein in vieler Hinsicht anderes aber hoch spannendes Ereignis.

Ignaz

LESERBRIEF AN DIE *Avanti*

Liebe Genossinnen und Genossen,
in *Avanti* Nr. 93 vom Februar 2001 heißt es in einem Artikel von Heinrich Neuhaus unter der Rubrik "Aus dem RSB":

"In Süddeutschland tagte am 18./19. Januar unsere Delegierten-Konferenz zur Vorbereitung des 15. Weltkongresses der IV. Internationale. Erfreulicherweise konnte ein Teil gemeinsam mit unseren GenossInnen der internationalen sozialistischen linken (isl) – der ehemaligen VSP – stattfinden. Gäste aus England, Luxemburg und der Schweiz sorgten für eine internationale Beteiligung."

Diese Darstellung ist falsch. Uns scheint sie ein bezeichnendes Licht auf Einstellungen im RSB zu unserer Organisation zu werfen. Abgesehen davon, dass

die isl ihrem Selbstverständnis nach nicht einfach die Fortsetzung der *Vereinigung für Sozialistische Politik* ist, handelte es sich in Wirklichkeit um eine gemeinsame Diskussionskonferenz von RSB und isl; nur ein Teil des Wochenendes war getrennten Konferenzen beider Gruppen gewidmet. Auch die Gäste aus anderen Ländern waren ausdrücklich zu der gemeinsamen Konferenz gekommen. Die Reise des Genossen aus England, der als Vertreter der IV. Internationale kam, ist von unseren beiden Organisationen gleichermaßen finanziert worden.

Ist die falsche und einseitige Darstellung in *Avanti* ein Ausrutscher? Wir fürchten Nein. Denn schon die Saaldekoration war befremdlich – ausschließlich RSB-

Transparente... Wir haben uns darüber auf der Konferenz nicht beschwert und keinen Wirbel veranstaltet, sondern uns mit einer ironischen Anmerkung begnügt. Der Artikel von Heinrich Neuhaus zeigt an, dass mehr dahinter steckt...

Wir empfinden dieses Verhalten als Brüskierung und sehen hierin kein gutes Zeichen für eine gleichberechtigte, unverkrampfte, solidarische Zusammenarbeit und eine weitergehende Annäherung; wir hatten gedacht, dies sei von beiden Organisationen angestrebt und möglich, ohne dass nun über sämtliche Einzelheiten langwierige Vereinbarungen notwendig sind.

Manuel und Wilfried (isl)

AUS MÜCKEN ELEFANTEN MACHEN

Zum Leserbrief der Genossen Manuel und Wilfried an die *Avanti*

Liebe Genossen Manuel und Wilfried, da hat also der Gen. Heinrich Neuhaus tatsächlich geschrieben, dass „ein Teil (unserer Delegiertenkonferenz) gemeinsam mit unseren GenossInnen der ... isl stattfinden (konnte)“. Diese etwas laxe Formulierung ist nach eurer Ansicht „falsch“, „bezeichnend“, „einseitig“, „kein Ausrutscher“, „es steckt mehr dahinter“, „Brüskierung“, „kein gutes Zeichen“...

Haltet ihr das für die „Parteilinie“ des RSB, wenn ihr euch nicht an den Autor, sondern an die „Genossinnen und Genossen“ wendet? Ein Blick ins Impressum hätte euch gezeigt, dass „namentlich gekennzeichnete Beiträge nicht unbedingt die Meinung der HerausgeberInnen wieder(geben)“.

Und mensch stelle sich gar vor: „schon

die Saaldekoration war befremdlich – ausschließlich RSB-Transparente... Wir haben uns darüber auf der Konferenz nicht beschwert und keinen Wirbel veranstaltet...“, schreibt ihr. Worüber auch? Vielleicht, dass ihr vergessen habt, eure eigenen Transparente mitzubringen?

Allerdings hat der RSB am 18./19. Januar seine Delegiertenkonferenz (DK) zur Vorbereitung des Weltkongresses (WK) abgehalten. Die DK ist das höchste Gremium unserer Organisation und hat für die Mitglieder einen entsprechenden Stellenwert. Sie hat die Delegierten des RSB zum Weltkongress gewählt. Unsere DK wurde unterbrochen, um mit euch zwischendurch eine gemeinsame Diskussionskonferenz durchzuführen. Bereits vorher hatten sich zwei Delegiertenkonferenzen des RSB mit

Themen des WK auseinandergesetzt. Alle ihn betreffenden Fragen sind in den Gruppen demokratisch diskutiert und auf der DK von gewählten Delegierten abgestimmt worden.

Wie ich hörte, soll euer Diskussionsprozess etwas anders verlaufen sein. Insofern mußte die gemeinsame Diskussionskonferenz für euch einen anderen Stellenwert haben als für uns. Letztendlich finde ich das nicht „befremdlich“. Es spiegelt nur andere Organisationskulturen und -realitäten wieder. Überraschend finde ich höchstens, dass ihr während der Massenproteste gegen den Krieg die Zeit findet, aus solchen Mücken Elefanten zu machen. In bewegten Zeiten wie heute sollte die praktische Zusammenarbeit zwischen RSB und isl die kleinliche Mäkelei ersetzen.

Heiko Freund (RSB)

RAZZIA BEI ANTIRASSISTINNEN

Das wirksame antirassistische Engagement der "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" ist den Behörden offensichtlich ein Dorn im Auge, denn am 4. Februar um 6.00 Uhr fanden in zwei Münchner Wohnungen und in den Räumen eines Stadteilladens Hausdurchsuchungen statt.

Betroffene waren zwei angebliche Mitglieder der Karawane und deren Kontaktadresse. Als Grundlage diente die Aussage, "Solange Sie sich nicht setzen, anschnallen oder ankündigen, Ihr Handy nicht auszuschalten, kann das Flugzeug nicht starten", auf einem Flugblatt, welches bei einer Aktion gegen eine Abschiebung am Flughafen verteilt worden sein soll. Obwohl das Flugblatt lediglich über

Konsequenzen bestimmter Handlungen informiert, stellt es nach Meinung der Polizei eine Aufforderung zu Straftaten dar. Damit rechtfertigt sie auch die Beschlagnahme von einem Computer, Notizen, Diskussionspapieren und Adressenlisten bei den Hausdurchsuchungen. Eine Aktivistin wurde sogar zur erkennungsdienstlichen Behandlung und Vernehmung festgenommen.

Die Polizeirazzien sind wohl der Versuch, die Arbeit der "Karawane" zu behindern, denn durch ihre Aktionen wurden zweimal Abschiebungen in die Militärdiktatur Togo verhindert. Wir fordern die Einstellung des Verfahrens gegen die Antirassistin und die Rückgabe aller beschlagnahmter Gegenstände!

Korrespondentin München

BEI KRIEG: Streik!

Die gewaltigen Demonstrationen vom 15. Februar haben den Antikriegskräften ungeheuren Auftrieb gegeben. Aber es muss noch mehr geschehen, als nur zu neuen Demos aufzurufen.

Die breite Empörung gegen den Kriegskurs der US-Regierung und ihres Gehilfen Blair kommt nicht aus heiterem Himmel. Die Breite der Antikriegsbewegung im Vergleich zu den vorangegangenen imperialistischen Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan hat mehrere Gründe. Hier nur die wichtigsten:

- Es ist inzwischen die Erkenntnis durchgedrungen, dass der Krieg in Afghanistan "nichts gebracht hat", außer vielen Opfern unter der Zivilbevölkerung. Diejenigen, die die US-Militärs angeblich oder tatsächlich suchten, fanden sie nicht. Dafür wurde eine US-willige Regierung eingesetzt. SoldatInnen der Großmächte, auch aus der BRD, sollen dort länger stationiert bleiben. Die Lage im Land ist alles andere als "sicher". Nicht wenige Menschen haben inzwischen auch von den US-Plänen für den Bau einer Ölpipeline durch Afghanistan gehört oder gelesen.

- International ist mit und seit dem Afghanistankrieg die Zahl terroristischer Anschläge nicht zurückgegangen. Krieg ist also – so müssen immer mehr Menschen erkennen – kein Mittel gegen den Terror. Im Gegenteil: Krieg ist Terror und ruft als Reaktion nur weitere Terrorakte hervor. Dies geben inzwischen auch solche Politiker zu, die sich nach dem 11. September so eilig und vorbehaltlos dem "Krieg gegen den Terror" angeschlossen haben.

- Die gleitende Neudefinition der US-Kriegsziele im Irak lässt die US-Administration seit dem Sommer letzten Jahres immer offensichtlicher als Lügnerin dastehen. Vor allem die kaum noch verhüllte Absicht der US-Regierung, den Zugriff auf das irakische Öl zu bekommen, lässt ihr wahres Gesicht erkennen.

- Nicht zuletzt die Tatsache, dass der Truppenaufmarsch aus logistischen Gründen Monate dauerte und trotz Kooperati-

on der irakischen Regierung mit den Waffeninspektoren fortgesetzt wurde, ließ den Menschen ausreichend Zeit, die kriegerischen Absichten der US-Regierung zu erkennen.

DIE WUT STEIGT

Viele Gruppen haben seit Monaten ihren bescheidenen Beitrag zur Kritik der US-Politik geleistet. Aber die Antikriegsbewegung brauchte nicht all die Menschen selbst erreichen, die heute aus lauter Empörung auf die Straße gehen. Vielmehr gründet die tatsächliche Breite der Bewegung wesentlich auf den o. g. politischen Bedingungen.

Dies erklärt auch die "begrenzte Zielsetzung" vieler DemonstrantInnen und manche Illusionen in "Old Europe". Dennoch verläuft zur Zeit bei vielen ein wichtiger Politisierungsprozess, nicht zuletzt bei Jüngeren. Viele ergreifen selbst Initiativen, malen Transparente, hängen sie aus dem Fenster; Informationsveranstaltungen sind gut besucht, Diskussionen finden am Arbeitsplatz statt...

Allen KriegsgegnerInnen ist inzwischen klar, dass die US-Regierung diesen Krieg will und dass sie durch keine Argumente zu beeinflussen ist. Die Politik der Bundesregierung und anderer Länder ist für sie kein Hinderungsgrund.

Noch ist keine Demoralisierung unter den KriegsgegnerInnen auszumachen, im Gegenteil, die Bewegung nimmt an Breite zu. Wut und Zorn werden deutlicher und stärker. Dennoch droht ein Gefühl der Ohnmacht, wenn sich keine weiterreichenden Perspektiven auftun.

VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Die Linke in der Antikriegsbewegung steht somit vor einer doppelten Aufgabe:

Sie muss weiter über die Hintergründe der US-Kriegspolitik aufklären. Selten waren die Bedingungen, aufgrund der immer offeneren Worte der Bush-Regierung, so günstig, wenn es um die Erläuterung dessen ging, was Imperialismus bedeutet und was er heute konkret anrichtet. Dazu gehört auch, die Rolle der Bundesregierung und ihre de facto kriegsunterstützende Politik darzustellen.

Zweitens sollten wir uns jetzt für Arbeitsniederlegungen stark machen. Die größte Wirkung haben sie, wenn sie wirklich Streiks sind, also nicht mit den sogenannten "ArbeitgeberInnen" gemeinsam durchgeführt werden und wenn sie nicht bei symbolischen "5 Minuten" stehen bleiben. Nehmen wir uns ein Beispiel an den italienischen GewerkschafterInnen, die am 21. Februar vier Stunden lang streikten.

Auch in den USA wächst die Kriegsgegnerschaft unter GewerkschafterInnen. So mächtig die US-Regierung heute erscheinen mag, sie wäre völlig machtlos, würden weltweit Millionen Beschäftigte u. a. in US-Konzernen in den Streik treten. In der aktuell sich zuspitzenden Kriegsgefahr wird dies die einzige wirklich wirksame Waffe sein, um den menschenverachtenden KriegerInnen das Handwerk zu legen.

Streiks würden die unterschiedlichen Klasseninteressen in der Frage von Krieg und Frieden deutlich machen. Vielen Menschen würden sie den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nachdrücklicher vor Augen führen, als es ein marxistisches Seminar jemals leisten könnte. Und nur dann könnten auch Perspektiven entwickelt werden, die über diese mörderische Gesellschaftsordnung hinaus weisen.

D. B.

SCHÜLERINNENSTREIK IN AUSTRALIEN

Am 05.03. ist in Australien ein landesweiter SchülerInnenstreik gegen den Krieg geplant. Vor allem soll dadurch Druck auf die Regierung ausgeübt werden, welche 2.000 Soldaten für den Golfkrieg bereit gestellt und ein Vorauskommando bereits an den Golf geschickt hat. Gegen die unmittelbare Beteiligung Australiens am Krieg demonstrierten am 15.02 über 200.000 Menschen in Melbourne – die größte Demo in Australien seit dem Vietnamkrieg, in welchen Australien ebenfalls direkt verwickelt war.